



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

11. Jahrgang
Nr. 153 Mai/2 2025

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungs-

mitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten. Ansichten, Aussagen,

Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

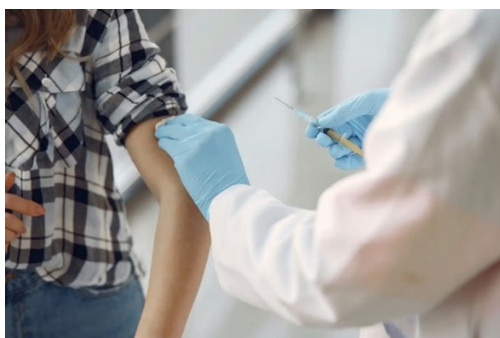


=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

=====

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.



pexels

Italienische Studie stellt Impf-Narrativ auf den Kopf: Sterblichkeitsrisiko nach COVID-Impfunghöher als bei Ungeimpften

uncut-news.ch, April 16, 2025

Eine neue peer-reviewte Studie aus Italien sorgt für Aufsehen: Nach Korrektur statistischer Verzerrungen zeigt sich ein besorgniserregender Zusammenhang zwischen COVID-19-Impfungen und erhöhter Gesamtsterblichkeit – entgegen dem offiziellen Narrativ.

Während Regierungen weltweit die mRNA-Impfstoffe als sicheren Ausweg aus der Pandemie priesen, legt eine am 2. Juli 2024 veröffentlichte Studie in der Fachzeitschrift *Microorganisms* (MDPI) nun nahe, dass die Realität deutlich komplexer – und möglicherweise bedrohlicher – ist.

Das Forscherteam um Francesco Maria Alessandria analysierte Daten aus der italienischen Provinz Pescara und fokussierte sich dabei auf einen lange übersehenen Fehler in der Impfforschung: den sogenannten **Immortal Time Bias (ITB)**. Dieser führt dazu, dass Zeiträume zwischen Studienbeginn und tatsächlicher Impfung als «unsterblich» gewertet werden – also Zeiten, in denen keine Todesfälle auftreten *können*, weil die Impfung noch nicht verabreicht wurde. Das Resultat: frühere Studien könnten die Schutzwirkung der Impfung massiv überschätzt haben.

Mehr Impfungen, höhere Sterblichkeit?

Nach Korrektur dieses Bias zeigte sich ein beunruhigendes Muster:

- Personen mit **einer oder zwei Impfungen** hatten ein **signifikant höheres Risiko, zu sterben**, als Ungeimpfte.
- Bei **drei oder mehr Impfungen** war das Sterberisiko **nicht signifikant unterschiedlich** zur Kontrollgruppe.
- Zudem wurde bei Geimpften mit zwei oder mehr Dosen eine **leicht reduzierte Lebenserwartung** festgestellt – **statistisch signifikant**, auch wenn keine konkreten Zeitspannen genannt wurden.

Die Autoren betonen, dass diese Ergebnisse im Widerspruch zu vielen bisherigen Aussagen über die «lebensrettende Wirkung» der Impfung stehen – und fordern **weitere unabhängige Studien mit transparenter Methodik**.

Verschleierung durch Zahlenakrobatik?

Die Studie nennt offen mehrere bekannte Verzerrungsmechanismen, die in früheren Publikationen nicht oder nur unzureichend berücksichtigt wurden:

- **Gesunde-Vakzinierte-Effekt:** Gesündere Menschen lassen sich tendenziell eher impfen – was die Ergebnisse in bisherigen Studien verzerren kann.
- **Kalenderzeit-Verzerrung:** Unterschiedliche Infektions- und Sterblichkeitsraten je nach Pandemiewelle.
- **Fehlklassifizierungen bei Todeszeitpunkten** durch problematische Definitionen des Impfstatus (z. B. «14 Tage nach Impfung = noch ungeimpft»).

Politische Sprengkraft – doch kein Aufschrei?

Obwohl die Ergebnisse brisant sind, blieben mediale Reaktionen bisher verhalten. In einem politischen Klima, in dem jeder Zweifel an der Impfstrategie als «Desinformation» gebrandmarkt wird, könnte diese nüchtern gehaltene, methodisch saubere Studie eine längst überfällige Debatte anstossen.

Quelle: A Critical Analysis of All-Cause Deaths during COVID-19 Vaccination in an Italian Province

Quelle: <https://uncutnews.ch/italienische-studie-stellt-impf-narrativ-auf-den-kopf-sterblichkeitsrisiko-nach-covid-impfung-hoher-als-bei-ungeimpften/>

Das **SCHLIMMSTE**, was passieren kann, ...

... WENN wir in Europa keinen einzigen Euro für die Rüstungsindustrie ausgeben	... WENN wir in Europa massiv in die Rüstungsindustrie „investieren“
<p>Russland nimmt ganz Europa ein</p> <p>*****</p> <p>„Vorteile“ in Anbetracht der negativen Umstände: Keine Toten und keine Zerstörung, weil wir keine Waffen haben und keinen Krieg führen können. Die Erde ist noch bewohnbar.</p>	<p>ATOMKRIEG: Mindestens 2/3 aller Menschen in Europa sind tot! Der Rest ist dem Tod näher als dem Leben; viele sterben die Jahre danach; die Milliardenbeträge für Waffen hat nichts als FEINDSCHAFT, VERDERBEN und TOD gebracht!</p>

INFOSperber

sieht, was andere übersehen.

18.4.2025

VERS LA PMA EN SUISSE POUR LES FEMMES SEULES



© Bénédicte in den <24 heures>

Ein Kind bekommen – ohne Mann? In der Schweiz verboten
Die Fortpflanzungsmedizin soll auch ledigen Frauen offenstehen,
so ein Vorstoss im Parlament. Es geht primär um die Samenspende.

Bénédicte

INFOSperber

sieht, was andere übersehen.

19.4.2025



Hans Steiger – Teilnehmende am Internationalen Bodensee-Friedensweg

Gegen den unguten Zeitgeist
Ostermanifestationen für den Frieden: eine politische Tradition
in schwieriger Zeit. Gedankengänge nach dazu passenden Lektüren

setzen ein Zeichen: Peace! © bodensee-friedensweg.org

«Gegen nukleare und militärische Aufrüstung. Für echte Sicherheit.» Dies die Parole des Ostermarsches am 21. April in Bern. «Was Frieden schafft», wird gleichentags in Bregenz beim Bodensee-Friedensweg gefragt.

Unter dem Peace-Zeichen postuliert die Einladung dort noch «Neugier statt Spaltung». Eine eigenwillig motivierende Ergänzung.

Alles andere als einfach und klar

Dass ich an Ostern da oder dort oder an einem anderen Ort dabei bin, ist klar – seit nun gut sechs Jahrzehnten, mit Unterbrüchen zwar und inhaltlich wechselnden Akzenten. Denn die Gefahr war nie gebannt, die Willenskundgebung für eine Sicherung von Frieden durch bessere als militärische Mittel immer am Platz. In diesen Tagen wohl mehr denn je. Aber es ist heute alles andere als einfach, klare Zeichen zu setzen gegen den unguten Zeitgeist, der rundum dominiert: Kriegstüchtigkeit sichern, die Armee mit bestem Gerät rüsten, A-Waffen beschaffen ...

Wieder wie damals? Nein, schlimmer. Immerhin wütete vor sechzig Jahren – zumindest auf unserem Kontinent – nur ein Kalter Krieg. Noch gab es von der Erfahrung des Zweiten Weltkriegs her den Reflex eines «Nie wieder!», und erschütternde Bilder aus Hiroshima und Nagasaki wirkten als Warnung vor dem atomaren Desaster. Vorab diese Fotos hatten mich als Lehrling zum frühen politischen Engagement in pazifistischer Richtung bewegt. Als wir 1963 beim ersten schweizerischen Ostermarsch nach ganzen drei Tagen mit starken Gefühlen am Genfer Sitz der Vereinten Nationen ankamen, war dieses Gebäude für uns ein Symbol der Hoffnung auf friedliche internationale Zusammenarbeit.

Für atom- und armeefreie Zonen

In jenen Jahren, die auch von Debatten um eine atomare Aufrüstung der Schweiz sowie zwei Volksabstimmungen zu diesem Thema geprägt waren, bin ich erstmals den konkreten Vorschlägen für atomwaffenfreie Zonen in Mitteleuropa begegnet. Wir wollten unser Land, das sich so gern auf seine Neutralität und die humanitäre Tradition mit dem Roten Kreuz berief, als aktive Kraft in solche Bündnisse einbringen. Weil die diplomatischen Vorstösse für Pufferregionen vorab aus Ländern östlich des sogenannten Eisernen Vorhangs kamen, waren sie antikommunistisch und militärfreundlich geprägten Kreisen doppelt suspekt. Mich hatte der Gedanke als eine Möglichkeit der Gefahrenminderung überzeugt, ja als Schritt zu weiteren Beschränkungen des tödlichen Wettrüstens begeistert. Ein völlig armeefreies Gebiet wagten wir uns allerdings kaum vorzustellen.



«Mehr Sicherheit ohne Waffen».
Zur Aktualität von Hans Thirrings Friedensplan

Spannend, diesem Ansatz jetzt in einer differenzierten historischen Rückblende wieder zu begegnen. Bei der Dokumentation, die eine 1963 in Österreich publizierte Denkschrift neu vorlegt, ist bereits der Titel eine Herausforderung: «Mehr Sicherheit ohne Waffen». Völlig konträr zum momentanen Zeitgeist! In der «im Jänner» verfassten Einleitung stellt Werner Wintersteiner – ein 1951 in Wien geborener und nun emeritierter Professor an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt – als Herausgeber fest: «Das war damals eine Provokation, und das ist heute erst recht eine.» Doch angesichts eines von Kriegslogik dominierten Diskurses, in dem Friedensbemühungen zum Tabu würden und Aufrüstung nicht mehr hinterfragt werden dürfe, sei ein Erinnern an andere denk- und begehbare Wege notwendiger denn je.

Chancen friedlicher Koexistenz

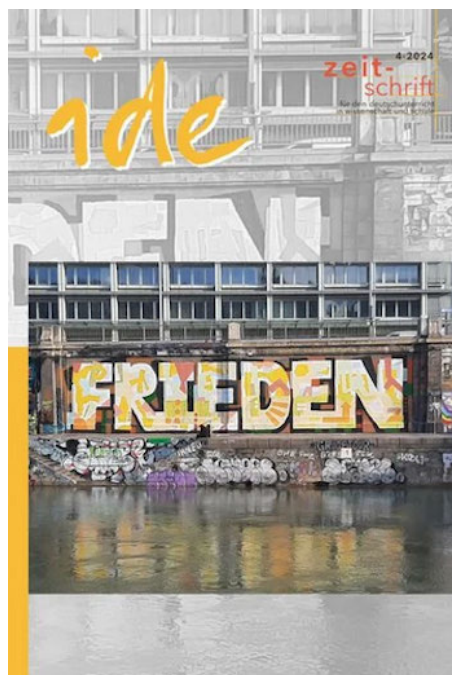
Entsprechend wird auf dem Cover die «Aktualität von Hans Thirrings Friedensplan» betont. Nicht dass dieser in global völlig anderer Konstellation direkt anwendbar wäre. Schon der eingangs abgedruckte Originaltext war ja ausdrücklich als ein Vorschlag zur Prüfung «an das österreichische Volk und seine gewählten Vertreter» gerichtet. Hans Thirring, selbst SPÖ-Parlamentarier, betonte, er habe sein Konzept nicht in dieser Funktion verfasst, sondern als tief besorgter, «die Möglichkeiten nuklearer Waffen überblickender Physiker». Nach einer früheren Publikation hatte ihn Albert Einstein zum Einsatz in der Friedensbewegung ermutigt. Eine intensive Beschäftigung mit Dynamiken des Hochrüstens und der Blockade begonnener Verhandlungen für ein Atomtestverbot ging dem Vorstoss voraus. Die positive Reaktion auf in diesem Zusammenhang an John F. Kennedy und Nikita Chruschtschow gerichtete Briefe sprachen für die Chance einer friedlichen Koexistenz der Systeme. Und die radikale Abrüstung eines neutralen Staates «ohne umstrittene Grenzen» könnte zum zukunftssträchtigen Testfall werden. Statt seine Neutralität mit der Wehrmacht zu sichern, solle sich Österreich dem Schutz durch die Vereinten Nationen unterstellen.

Hätte sich nicht auch die Schweiz als Testfall geeignet? «Für die Schweizer hat vor allem der Glaube an die Notwendigkeit einer Landesverteidigung fast den Rang eines religiösen Dogmas angenommen», befand Thirring. Zudem könne die sich wohl «den Luxus einer seit mehreren Generationen nicht in Aktion tretenden Armee» eher leisten. Bei einer positiven Entwicklung internationaler Bemühungen für eine bessere Friedenssicherung wäre aber bald mit weiteren Staaten in entsprechenden Bündnissen zu rechnen. Vom «guten Willen» der Nachbarn, ein abgerüstetes Österreich nicht anzugreifen, war er überzeugt. Wahrscheinlich würden sie diese Pioniertat sogar unterstützen.

Blicke auf Gegenwart und GSoA

Was der Vorschlag damals in und um Wien ausgelöst hat, auch die vielseitigen, im Buch mit Blick auf die Gegenwart angestellten Überlegungen zu alternativen Konzepten kann ich hier nicht wiedergeben. Nachzulesen wäre auch, wie eng das Abschaffen von Krieg und Patriarchat aus feministischer Sicht zusammenhängt. Unbedingt zu erwähnen ist der Beitrag von Andreas Gross, der den Thirring-Plan und «die konkrete Utopie» einer Schweiz ohne Armee verknüpft.

Die von ersterem zumindest indirekt inspirierte Volksinitiative sei «die erfolgreichste Niederlage der schweizerischen Demokratiegeschichte» gewesen, stellt der an diesem Juso-Projekt aktiv Beteiligte fest. Dass sich mehr als eine Million darüber abstimmender Schweizerinnen und Schweizer, bei Jüngeren unter 30 gar die Mehrheit für «eine umfassende Friedenspolitik» ohne Militär entschied, war überraschend. Speziell die Rückblenden in die Vorgeschichte sind erhellend und erfrischend. Anfänglich sprach der Präsident der SPS von einer «Furzidee». Natürlich war dann der Abstimmungstermin ideal: Ende November 1989! Das von Gorbatschow als Vision skizzierte «gemeinsame Haus Europa» schien Realpolitik zu werden ... Danach wird der 1988 von einer sozialistischen Jugendorganisation lancierte Vorschlag zur Entmilitarisierung Sloweniens und für eine gesamtjugoslawische Friedenskonferenz dokumentiert. Was da folgte, war auf tragische Weise anders. Doch dass und wie Costa Rica seit 1948 tatsächlich ohne Armee auskommt, hellt das Bild wieder auf.



«Frieden» als Thema für den Deutschunterricht

Wer die Diskussion in Österreich weiterverfolgen will und sich für Friedensarbeit an der Basis interessiert, sei noch auf einen Band verwiesen, den Werner Wintersteiner als ehemaliger Leiter eines Zentrums für Friedensforschung gemeinsam mit Sabine Zelger, einer ähnlich engagierten Germanistin, publizierte: «Frieden» als Thema für den Deutschunterricht. Es wäre jetzt besonders wichtig. Zumal über Literatur und Film könnten «widerspruchreiche Friedensvorstellungen» erschlossen, produktiv auf- und ausgebaut werden. Die in den Beiträgen aufgeworfenen Ideen, aber auch offenen Fragen «zum stets unvollkommenen Frieden» seien eine Einladung an uns alle.

Bemerkenswert finde ich, wie oft und wie vielfältig die pädagogische Schriftenreihe den Themenkomplex in den letzten Jahren aufgegriffen hat. Auch im Anhang des notabene von «Stadt Wien Kultur» finanziell geförderten Buches zum Thirring-Plan wird vermerkt, Anti-Militarismus habe in Österreich «immer eine grosse Rolle gespielt, auch wenn viele Traditionen in Vergessenheit geraten sind». Ein historischer Streifzug könnte neue Initiativen inspirieren.

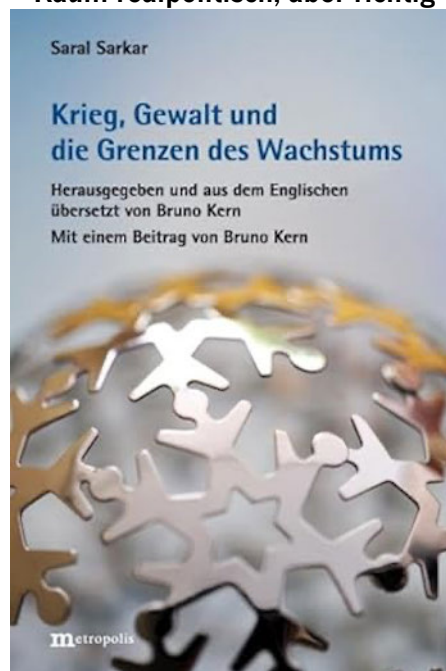
Für «riesige Aufgabe» zu klein

Für die hiesige Friedensbewegung war seit 1945 der Schweizerische Friedensrat zentral. Die zeitweise recht starke Dachorganisation ist durch ihren Sitz an der Gartenhofstrasse in Zürich, dem Haus der Familie Ragaz, traditionell pazifistisch verortet und steht allen auch für Einzelmitgliedschaften offen. Weil bei diesen ein Abonnement der «Friedenszeitung» im Jahresbeitrag enthalten ist, steckt schon in der nüchternen Angabe zu deren Auflage eine Aussage zur Lage: 2000 Exemplare sind für «die einzige friedenspolitische Zeitschrift der Schweiz» wenig. In der März-Ausgabe sind Spuren von Ohnmacht und Zerrissenheit der verbliebenen Engagierten zu finden. Es sei eine «riesige Aufgabe», die vor bald achtzig Jahren in Angriff genommen wurde, hält der Bilanztext fest, den ein kurz vor Ende des Ersten Weltkrieges verfasster Satz des Kabarettisten Karl Valentin eröffnet: «Hoffentlich wird es nicht so schlimm, wie es schon ist.» Dies passe auch in unsere Zeit zunehmend friedloser Unsicherheit.

Die letzten paar Nummern waren von Analysen zur Ukraine und vom erneuten Kampf um ein Atomwaffenverbot in der Schweiz geprägt. Zudem war die Suche nach alternativen Verteidigungs- und Sicherheitskonzepten ein Schwerpunkt. In einem «Positiv-Szenario 2025–2040», übernommen aus einer deutschen Denkschrift, taucht wieder «eine UNO-gesicherte Neutralitätszone zwischen Nato-Staaten und Russland» auf. Wie von der derzeit verfahrenen Situation dorthin gelangen?

Ein gleichfalls aus Deutschland, von der Zeitschrift des Netzwerks Friedenskooperative übernommener Text hält fest, durch «Putins Imperialismus» seien alte Grundkonflikte der Bewegung wieder aufgebrochen; sie wirke «gespalten und orientierungslos», und je kleiner sie sei, desto mehr Einfluss bekämen wie bei der Ost-West-Polarisierung im Kalten Krieg offenbar jene, welche «ein eher taktisches Verhältnis zu Pazifismus und Antimilitarismus» hätten. Das dürfte sich bei den Ostermärschen zeigen. In der «Friedenszeitung» finden sich wie üblich die Aufrufe zu zwei Anlässen: Ostermarsch Bern und Bodensee-Friedensweg. Zu letzterem wird angemerkt, dass diesmal «ein Redebeitrag aus der Schweiz fehlt» und dort in der Vorschau auch nach nun drei Jahren Krieg gegen die Ukraine «keinerlei Solidarität mit den Angegriffenen» bekundet werde.

Kaum realpolitisch, aber richtig



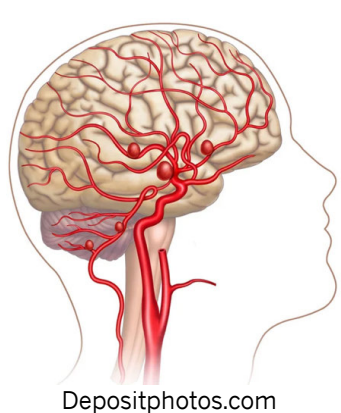
Saral Sarkar: Krieg, Gewalt und die Grenzen des Wachstums

Trotzdem fahre ich wieder ins Dreiländereck. Bregenz, das diesmal Veranstaltungsort ist, liegt näher als Bern. Zudem entspricht mir ein «Weg» heute mehr als «Marsch». Natürlich werde ich darauf achten, was zum Krieg gesagt und ob etwas beschwiegen wird. Bei den angekündigten Referaten erwarte ich von Helga Kromp-Kolb, dass sie als Fachfrau die Klimafrage einbringt. Pete Hämmerle ist Theologe, aktiv in pazifistischen Organisationen, er will Europa wieder als Friedensprojekt sehen. Bruno Kern kenne ich aus Büchern. «Das Märchen vom grünen Wachstum» lag mir speziell nah. Seine im Januar neu erschienene Übersetzung von «Krieg, Gewalt und die Grenzen des Wachstums» des indisch-deutschen Saral Sarkar, der ökosozialistische Alternativen propagiert, knüpft daran an. Ein aktueller Essay – ein Versuch eben, der kritisch zu prüfen wäre. So scheint mir das Problem der Überbevölkerung überschätzt und Zeugen wie Malthus oder Konrad Lorenz bleiben mir selbst bei differenzierender Relativierung suspekt. Realpolitisch lassen sich derzeit kaum Ansätze zur im Buch postulierten radikalen Wende erkennen. Doch die skizzierte Richtung ist richtig. Gespannt las ich das Nachwort, wo der Herausgeber selbst Stellung bezieht. «Russlands Angriff war nicht alternativlos»; aus pazifistischer Sicht gebe es keine Rechtfertigung. Für ernstgemeinte Friedenspolitik sei mit einzubeziehen, was die andere Seite als Bedrohung sieht. Um ihres Überlebens willen müsste die Menschheit alle materiellen, finanziellen und personellen Ressourcen auf die Bewältigung ihrer ökologischen Krise konzentrieren. Wir müssten «den Krieg gründlich verlernen». Zu den fünf von Kern genannten «unmittelbaren politischen Konsequenzen» gehört «eine Bundesrepublik ohne Armee». Ob und wie er all dies im Kurzreferat unterbringt? Wir werden es auf dem Platz der Menschenrechte in Bregenz hören.

Das **BESTE**, was passieren kann, ...

... WENN wir in Europa keinen einzigen Euro für die Rüstungsindustrie ausgeben	... WENN wir in Europa massiv in die Rüstungsindustrie „investieren“
<p>Russland sieht uns nicht als Bedrohung ****</p> <p>Diplomatie und Frieden ****</p> <p>Weniger Schulden; das Geld kann für Konstruktives verwendet werden</p>	<p>Kein Krieg durch Abschreckung ****</p> <p>Schwierige Beziehung durch Misstrauen; bleibende Kriegsgefahr ****</p> <p>Viele Schulden; Armut in der Bevölkerung</p>

Stefan Hahnekamp, Österreich



Depositphotos.com

Brisante Studie entlarvt mRNA-Erzählung: Impf-Spike bleibt im Hirn – und niemand warnt die Öffentlichkeit

Titel: Langzeitriskien der mRNA-Impfstoffe: Neue Studie zeigt Spike-Protein in Hirnarterien 17 Monate nach Impfung

Eine kürzlich im *Journal of Clinical Neuroscience* veröffentlichte Studie hat das SARS-CoV-2-Spike-Protein in den zerebralen Arterien von Patientinnen mit hämorrhagischem Schlaganfall nachgewiesen – bemerkenswerterweise bis zu 17 Monate nach der Impfung. Diese Entdeckung wirft ernsthafte Fragen zur Langzeitsicherheit der mRNA-Impfstoffe auf.

Die Studie untersuchte postmortale Hirngewebe und identifizierte das Spike-Protein in den Blutgefässen des Gehirns. Dieser Befund deutet darauf hin, dass das durch die Impfung produzierte Spike-Protein nicht nur vorübergehend im Körper verbleibt, sondern möglicherweise langfristig persistiert.

Frühere Studien haben bereits gezeigt, dass das Spike-Protein die Blut-Hirn-Schranke überwinden und neuroinflammatorische Prozesse auslösen kann. Die aktuelle Forschung bestätigt nun die tatsächliche Präsenz des Proteins im Gehirn über einen erheblichen Zeitraum hinweg.

Diese Erkenntnisse stehen im Widerspruch zu früheren Annahmen, dass das Spike-Protein nach der Impfung schnell abgebaut wird. Die langfristige Persistenz des Proteins im Gehirn könnte potenziell mit neurologischen Komplikationen in Verbindung stehen.

Angesichts dieser Ergebnisse ist eine umfassende Neubewertung der Langzeitsicherheit von mRNA-Impfstoffen erforderlich. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass weitere unabhängige Studien durchgeführt werden, um die potenziellen Risiken zu verstehen und angemessene Sicherheitsrichtlinien zu entwickeln.

Quelle: Expression of SARS-CoV-2 spike protein in cerebral Arteries: Implications for hemorrhagic stroke Post-mRNA vaccination

Quelle: <https://uncutnews.ch/brisante-studie-entlarvt-mrna-erzaehlung-impf-spike-bleibt-im-hirn-und-niemand-warnt-die-oeffentlichkeit>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
20.4.2025



Kokabäuerin in Bolivien: Seit 1988 hat die Regierung 12'000 Hektaren Land für den legalen, kontrollierten Anbau von Koka zum traditionellen Gebrauch freigegeben. © Josef Estermann

**Koka: Wie aus dem «heiligen Blatt» ein «Teufelskraut» wurde
Koka und Kokain, das ist für viele praktisch dasselbe. Dieser grundlegende Irrtum hat
zur weltweiten Ächtung der Pflanze geführt.**

Josef Estermann

Red. Josef Estermann, regelmässiger Autor bei Infosperber, lebte und arbeitete während 17 Jahren in Peru und Bolivien.

Vor über sechzig Jahren hat die UNO die Kokapflanze als verbotene Droge deklariert. Dass das Kokablatt neben Kokain, Opium und Heroin auf der Liste verbotener Betäubungsmittel steht, hat viel mit Kolonialismus, Ignoranz und dem «puritanischen» Bestreben der USA zu tun, eine Welt ohne Betäubungsmittel zu schaffen. Erst 1988 gewährten die Vereinten Nationen den Koka-Ländern Peru und Bolivien einen kontrollierten Koka-Anbau und den traditionellen Gebrauch des Blattes. Das Kauen der Blätter aber wurde als strafbare Handlung nie von der UN-Konvention gestrichen (siehe Kasten ganz unten).

Die Kommission der Vereinten Nationen zu Betäubungsmitteln (Commission on Narcotic Drugs) hat sich vom 10.–14. März 2025 anlässlich ihrer 68. Sitzung in Wien einmal mehr mit der Frage beschäftigt, ob das Kokablatt aus der Liste der verbotenen «Suchtmittel» gestrichen werden soll. Doch trotz vieler wissenschaftlicher Gutachten und politischem Druck seitens Boliviens und Kolumbiens ist mit einer definitiven Streichung nicht zu rechnen.

Zwei Irrtümer halten sich hartnäckig

Die Stigmatisierung der Kokapflanze und ihrer Blätter und deren Status als illegales Betäubungsmittel beruhen prinzipiell auf zwei grossen Irrtümern, die sich in der westlichen Welt hartnäckig halten: So machen die meisten Menschen keinen Unterschied zwischen «Koka» – also der Pflanze selbst – und der Droge «Kokain», die mit extrahierten Inhaltsstoffen der Pflanze in aufwändigen Verfahren im Labor hergestellt wird. Falsch ist auch die Vorstellung, das Kauen von Kokablättern oder das Trinken von Koka-Tee mache süchtig und führe zum Drogenkonsum von Kokain. Dieses Vorurteil hat die Wissenschaft inzwischen widerlegt. Wer als Touristin oder Tourist in El Alto bei La Paz auf 4100 Meter über Meer landet, ist froh um eine Tasse Koka-Tee – das beste Mittel gegen Höhenkrankheit (*soroche*). Ein Kokabauer sagte einmal zu mir: «Hätte man aus der Koka nicht Kokain extrahiert, hätten wir das Problem mit der UNO-Konvention nie gehabt».

Koka als Teil des Kulturgutes der Anden

Die Kokapflanze (*Erythroxylum coca*) wird seit Menschengedenken in den subtropischen Gegenden der südamerikanischen Anden angebaut und von den Indigenen als «heiliges Blatt» (*hoja sagrada*) verehrt. Erst durch die Kolonialisierung von *Abya Yala* – wie Lateinamerika aus indigener Perspektive heisst – erhielt die Kokapflanze (wie übrigens auch Gold und Silber) plötzlich einen ganz neuen Stellenwert. In den Augen der christlichen Missionare galt sie als «Teufelskraut» und sollte zusammen mit den als «heidnisch» bezeichneten Gebräuchen und Ritualen ausgerottet werden. Das *Acullico*, wie das Kauen der Kokablätter genannt wird, galt den Eroberern als Relikt einer barbarischen Zivilisation. Zugleich wurde es aber gefördert, damit die Bergwerker in den Silberminen von Potosí Kälte, Erschöpfung, Auszehrung und Hunger ertragen konnten.

Der Kokastrauch wächst in Lateinamerika in Höhenlagen von 1000 bis 2500 M.ü.M. Für die Andenvölker stellt die Pflanze deshalb eine *Chakana*, eine Brücke dar zwischen den «Stockwerken der Ökosysteme», vor allem aber zwischen der «unteren oder inneren Welt» von Urwald, Bergwerken und dem Ort der Verstorbenen einerseits und der konkreten Lebenswelt der Menschen andererseits.

Neben der Bedeutung der Kokapflanze (in der Sprache der Quechua: *kuka*) als Medizin, Mittel gegen Höhenkrankheit, Kälte und Erschöpfung sowie als ausgesprochen vitamin- und proteinhaltiges Nahrungsmittel steht für die meisten Menschen in den Anden die rituelle und religiöse Bedeutung des Kokablattes im Vordergrund.



In der andinen Kultur nimmt Koka einen zentralen Platz ein.
Hier ein Schamane beim Ritual mit einem K'intu (drei Kokablätter)
© Josef Estermann

Im andinen Ritual nimmt Koka einen zentralen Platz ein. Das Kokablatt ist für die Indigenen *Mama Kuka* («Mutter Koka») oder *Mama Inala* («Mutter Pflanze») und repräsentiert die Menschheit. Es ist mit vielen Ritualen verbunden, die zum Teil gesellig-sozialen, zum Teil explizit religiösen Charakter haben. Die eigentliche Funktion aber besteht bei allen Ritualen in der Wiederherstellung und Festigung von Beziehungen, seien

es familiäre, gemeinschaftliche, politische, oder eben auch spirituell-religiöse. Es ist die (religiös-rituelle) Brückenfunktion, die im Mittelpunkt steht.

Die vergessene Geschichte

Vor allem die betäubenden und schmerzlindernden Eigenschaften verhalfen der Kokapflanze zu medizinischem Ruhm, nachdem der deutsche Chemiker Alber Niemann im Jahr 1858 das Alkaloid Kokain entdeckt hatte. Dabei macht das Kokain weniger als ein Prozent der 14 Alkaloide aus, die aus dem Kokablatt extrahiert werden können. Bis der Biochemiker Richard Willstätter 1923 das synthetische Molekül für die Herstellung von Kokain entwickelte, war (legales) Kokain in Europa ein wichtiges Medikament des modernen pflanzlichen Arzneibuchs – verwendet als Lokalanästhetikum in der Augenchirurgie, aber auch für die Behandlung von Atemwegserkrankungen wie Tuberkulose und Asthma.



Kokain für Kinder: Eine Werbung aus dem Jahre 1885 für Zahnweh-Tropfen
© Wikimedia Commons/cc

Bis ins 20. Jahrhundert war Kokain legal. Es gab sogar kokainhaltige Zahnweh-Tropfen für Kinder, und das erstmals 1886 hergestellte Coca-Cola-Getränk (das zuerst noch *French Wine Coca* hiess) enthielt ebenfalls geringe Mengen Kokain, bis in den USA Kokain als Zutat in Getränken und rezeptfreien Arzneien 1914 verboten wurde. Ab 1879 wurde Kokain erstmals verwendet, um Morphinabhängigkeit zu behandeln. Sigmund Freud experimentierte 1884 zum ersten Mal mit Kokain.

Mit der Kokainsucht in Europa änderte sich alles

Die zunehmende Zahl an Kokainsüchtigen in Europa führte schliesslich dazu, dass sich die 1948 gegründete UNO bereits 1949 dem Thema annahm. In jenem Jahr reiste eine UNO-Kommission nach Peru und Bolivien, um «die Folgen des Koka-Kauens zu untersuchen und die Möglichkeiten der Produktion von Koka zu beschränken und seine Verbreitung zu kontrollieren» (*Le Monde Diplomatique* 9.5.2008). Wie zu erwarten, lautete das Verdikt der Kommission, dass das Kauen von Kokablättern schädlich sei. Es führe zu Fehlernährung und habe «unerwünschte Auswirkungen auf Geist und Intellekt» der Andenbewohner. Es wurde sogar als Grund für die Armut der indigenen Bevölkerung in den Anden aufgeführt.

1952 bestätigte das Expertenkomitee für Drogenabhängigkeit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) diese Einschätzung. Es kam zu dem Schluss, dass Koka-Kauen «alle Merkmale einer Sucht aufweist». 1961 wurde auf Druck der USA, des weltweit grössten Konsummarktes von Kokain, der Kokastrauch in der UNO-Konvention über Betäubungsmittel neben Kokain, Heroin, Opium und Cannabis auf die Suchtstoff-Liste gesetzt.

Eine Wunderpflanze für Ernährung und Medizin

Dabei hat die Wissenschaft schon längst bewiesen, dass die Gleichsetzung von Koka und Kokain ein historischer Irrtum ist, der dem «heiligen Blatt» mit seinen herausragenden Qualitäten nicht gerecht wird. Seit Mitte der 1970er-Jahre haben Studien gezeigt, dass das Kokablatt keine Auswirkungen auf das zentrale Nervensystem hat. Die geringe Menge an Kokain, die beim Kauen freigesetzt wird, wird im Verdauungstrakt vollständig abgebaut. Die nützlichen Eigenschaften der Pflanze wurden wiederholt von wissenschaftlichen Analysen bestätigt.

Forscher der Universität Harvard haben 1975 gezeigt, dass Kokablätter als Nahrungsmittel ähnlich wertvoll sind wie Quinoa, Erdnuss, Weizen oder Mais. «Was die Ernährung angeht, gibt es keinen Unterschied zwischen dem Konsum von Koka und gewöhnlicher Nahrungsaufnahme.» (James A. Duke, David Aulik und

Timothy Plowman, 1975, «Nutritional Value of Coca. Botanical Museum Leaflets», Harvard University Press). Da Kokablätter reich an Mineralstoffen, Ballaststoffen und Vitaminen, aber arm an Kalorien sind, könnten sie eines der besten Nahrungsmittel der Welt sein.

Bolivien und Kolumbien kämpfen für die Kokapflanze



Kokablätter: Seit eh und je kauen die Menschen in den Anden das «heilige Blatt», das nicht nur gegen die Höhenkrankheit, sondern auch gegen Übelkeit und Müdigkeit hilft./© Josef Estermann

Seit vielen Jahren versucht der plurinationale Staat Bolivien auf internationaler Ebene mit allen Mitteln, den legalen Status der Kokapflanze und damit des traditionellen Gebrauchs des Kokablattes zurückzuerlangen. Seit 1988 hat die Regierung 12'000 Hektaren Land für den legalen, kontrollierten Anbau von Koka für den traditionellen Gebrauch freigegeben. 2009 beantragte Bolivien die Änderung der UNO-Konvention von 1961, insbesondere die Streichung von Artikel 49, 2e («das Kauen des Kokablattes ist innert fünfundzwanzig Jahren nach dem in Artikel 41 Absatz 1 vorgesehenen Inkrafttreten des vorliegenden Übereinkommens abzuschaffen»).

Im Juni 2011 trat Bolivien aus dem Übereinkommen aus, um seine Verfassung von 2009 zu aktualisieren, die in Artikel 384 die Kokapflanze rehabilitiert. Zudem wurde die US-Anti-Drogen-Behörde (DEA) schon 2008 des Landes verwiesen. 2013 kehrte Bolivien unter grossem internationalem Druck wieder zur Konvention zurück, allerdings mit zwei Ausnahmeregelungen: Legalisierung des traditionellen Kokakauens und des Konsums von Koka in seinem natürlichen Zustand für kulturelle und medizinische Zwecke, sowie der legale Anbau von Kokapflanzen von einem *Cato* (40×40 Meter) pro Kokabauer oder Kokabäuerin. 15 Staaten, darunter Deutschland und die USA, legten das Veto ein.

Am 24. Mai 2024 unterstützte die kolumbianische Regierung das Ersuchen Boliviens, und seither arbeiten beide Länder vereint an der Legalisierung des Kokablatts.

Die UNO-Konvention über Suchtstoffe von 1961

Der Text der UNO-Konvention von 1961 besagt wörtlich: «Die Unterzeichneten verpflichten sich, alle Koka-pflanzen, die wild wachsen, auszureissen, und die unerlaubten Plantagen zu zerstören» (Artikel 26). «Das Kauen des Kokablattes ist innert fünfundzwanzig Jahren nach dem in Artikel 41 Absatz 1 vorgesehenen Inkrafttreten des vorliegenden Übereinkommens abzuschaffen» (Artikel 49, 2e). Die Konvention wurde mehrfach ratifiziert. 2009 hat zuerst Bolivien und 2023 auch Kolumbien die Vereinten Nationen formal darum ersucht, das Kokablatt von der Liste der Betäubungsmittel zu streichen.

Der Internationale Drogenkontrollrat (*International Narcotics Control Board*, INCB) hat entgegen aller wissenschaftlicher Evidenz in seinem Bericht vom 5. März dieses Jahres das Kokablatt und den Anbau der Kokapflanze erneut als illegal eingestuft. Er appelliert wiederum an «Bolivien und Peru, ihre nationalen Gesetze zu ändern», um auch «das Kauen der Kokablätter und die Herstellung von Tee» zu verbieten.

Vom 10. bis 14. März 2025 hat sich die Kommission der Vereinten Nationen zu Betäubungsmitteln (*UN-Commission on Narcotic Drugs*) in Wien mit der UN-Drogenkonvention beschäftigt. Neben vielen anderen Punkten standen auch die Legalisierung der Kokapflanze und damit die Streichung von Artikel 26 und 49,2a zur Diskussion. Die NGO *Transform: Drug Policy Foundation* hat ein erstes Kommuniqué veröffentlicht, ohne ein konkretes Resultat zu nennen. Es ist jedoch kaum zu erwarten, dass es angesichts des US-amerikanischen *War on Drugs* zu einem Durchbruch und damit zum Eingeständnis eines historischen Irrtums kommen wird.

Ein **gläubiger** Mensch glaubt, dass das Leben über den Tod siegen müsste.

Ein **wissender** Mensch weiss, dass das Leben und der Tod nur gemeinsam in ständiger Wechselwirkung die Evolution gewährleisten. Leben und Tod sind gleichwertig und also gleich wichtig.

Würde man sich Leben und Tod als menschliche Persönlichkeiten vorstellen, dann wären beide **die besten Freunde** und würden den jeweils anderen **respektvoll** achten.

Wer **Verstand** benutzt, **versteht**, dass die Anzahl an Menschen auf der Erde **viel zu hoch** ist!

Wer **Vernunft** benutzt, **erkennt**, dass nur eine rigorose Geburtenkontrolle jene Lösung ist, um die Anzahl der Menschen mit humanen Mitteln zu reduzieren.

Wer **selber denkt**, **weiss**, dass jegliche Umweltschutzmassnahmen **bei steigender Weltbevölkerungszahl derart bohnenstroh-dumm** sind, als würde man versuchen, einen Grossbrand mit einem Glas Wasser zu löschen!

Stefan Hahnekamp, Österreich



RFK Jr. bricht sein Schweigen: Im US-Fernsehen warnt er vor «tiefgreifenden» Risiken wie Myokarditis, Schlaganfall und Tod.

RFK Jr. startet lang erwartete Offensive gegen tödliche COVID-19-mRNA-Spritzen

Nicolas Hulscher, MPH, April 24, 2025

Während Millionen Amerikaner auf klare Massnahmen der neuen US-Gesundheitsbehörde (HHS) gegen die COVID-19-mRNA-Impfstoffe warten – allein in diesem Jahr wurden über 9 Millionen Kinder geimpft –, geht Robert F. Kennedy Jr. nun entschlossen an die Öffentlichkeit.



Kernaussagen von RFK Jr.:

«Die Empfehlung für Kinder war von Anfang an fragwürdig. Die allermeisten Kinder haben praktisch kein Risiko durch COVID-19. Ein geringes Risiko besteht allenfalls bei sehr schweren Vorerkrankungen – doch selbst dann ist Vorsicht geboten.»

Kennedy verweist auf die bislang grösste Analyse zu Myokarditis nach SARS-CoV-2-Infektion im Vergleich zur COVID-19-Impfung:

Mead et al. zeigen, dass durch Impfstoffe ausgelöste Myokarditis nicht nur häufiger, sondern auch schwerwiegender ist – besonders bei Kindern und jungen Männern. Die Risiken überwiegen jeden theoretischen Nutzen bei Weitem.

Open SAFELY analysierte über 1 Million Kinder und Jugendliche:

Myokarditis trat ausschliesslich bei Geimpften auf – **nicht** bei COVID-Infizierten. In keiner Gruppe kam es zu COVID-bedingten Todesfällen. Notaufnahmen und ungeplante Klinikaufenthalte waren nach der ersten Impfung häufiger als bei Ungeimpften.

«Warum verabreichen wir also zig Millionen Kindern einen Impfstoff, der selbst ein erhebliches Risiko birgt? Wir sehen klare Zusammenhänge – Myokarditis, Perikarditis, Schlaganfälle, neurologische Schäden.»

Zwei riesige Sicherheitsstudien bestätigen Kennedys Warnungen:

- **Faksova et al.** (n = 99 Mio.)
- **Raheleh et al.** (n = 85 Mio.)

Beide zeigen ein deutlich erhöhtes Risiko schwerer Nebenwirkungen nach Impfung:

- Myokarditis: +510 % nach 2. Dosis
- Enzephalomyelitis: +278 % nach 1. Dosis
- Sinusthrombose: +223 % nach 1. Dosis
- Guillain-Barré-Syndrom: +149 % nach 1. Dosis
- Herzinfarkt: +286 % nach 2. Dosis
- Schlaganfall: +240 % nach 1. Dosis
- Koronare Herzkrankheit: +244 % nach 2. Dosis
- Herzrhythmusstörungen: +199 % nach 1. Dosis

Auch die klinischen Pfizer-Daten zeigen: **In der Impfstoffgruppe starben 23 % mehr Menschen** als in der Placebogruppe.

Berücksichtigt man Todesfälle nach der Entblindung, liegt die Übersterblichkeit laut Pfizer bei **43 %** in der Impfgruppe.

«Wir müssen über echte informierte Zustimmung sprechen – und wir dürfen keine Empfehlungen aussprechen, die der Bevölkerung schaden.»

Kennedys öffentliche Positionierung lässt vermuten: Massnahmen stehen bevor. Entscheidend ist nun, dass sie **für alle Altersgruppen** gelten – denn die lebensverkürzenden Folgen betreffen alle.

Alessandria et al. (n = 290.727, Alter > 10 Jahre):

Zweifach Geimpfte verloren während der Nachbeobachtungszeit **37 % ihrer Lebenserwartung** im Vergleich zu Ungeimpften.

Nicolas Hulscher, MPH

Epidemiologe, McCullough Foundation

📧 www.mcculloughfnd.org

Quelle: https://www.thefocalpoints.com/p/breaking-rfk-jr-launches-long-awaited-r=14jb45&utm_campaign=post&utm_medium=web

Quelle: <https://uncutnews.ch/rfk-jr-startet-lang-erwartete-offensive-gegen-toedliche-covid-19-mrna-spritzen/>



Heribert Prantl
© Sven Simon

Kommentar Die neue deutsche Spaltung beginnt 2025

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD soll das Land auf die «digitale Überholspur» bringen. Sie wird das Land spalten.

Die alte deutsche Teilung begann 1949. Diese Teilung dauerte 41 Jahre; sie dauerte bis zur Wiedervereinigung 1990. Diese Zeit wird auch als die Zeit der deutschen Spaltung bezeichnet. Jetzt gibt es eine neue deutsche Spaltung, eine neue deutsche Teilung; sie ist nicht so augenscheinlich wie die alte, aber doch deutlich spürbar. Sie beginnt mit dem 9. April 2025.

Man wird sich dieses Datum merken müssen; es ist das Datum des Koalitionsvertrages. Dieser Vertrag zwischen CDU/CSU und SPD teilt nicht das deutsche Staatsgebiet – dieser Vertrag spaltet aber die deutsche Bevölkerung: Es gibt künftig die digitalen Deutschen, und es gibt die analogen Deutschen.

Die digitalen Deutschen sind die privilegierten Deutschen; sie haben Zugang zum gesamten öffentlichen und gesellschaftlichen Leben. Sie haben, wie es so schön heisst, die volle «Teilhabe». Die analogen Deutschen haben diesen Zugang und diese Teilhabe nicht.

Das gesamte staatliche und öffentliche Leben, die gesamte Verwaltung, wird nämlich künftig auf Digitalität ausgerichtet. So steht es in den Randziffern 2138 ff des Koalitionsvertrages.

Diese neue deutsche Teilung soll von einem Ministerium für «Digitalisierung und Staatsmodernisierung» dirigiert werden. Wer unter dieser Teilung leidet, der wird, so heisst es im Koalitionsvertrag, «Hilfe vor Ort erhalten». Wie diese Hilfe aussieht, wird aber nicht weiter ausgeführt.



Friedrich Merz präsentiert den Koalitionsvertrag.
Er sieht «Digitalisierung und Staatsmodernisierung» vor. © ARD

Deutschland soll so auf die «digitale Überholspur» gebracht werden. Man spürt beim Lesen, wie sich die Koalitionäre gegenseitig auf die Schultern klopfen und ihre Modernität feiern. «Unsere Digitalpolitik», so heisst es im Koalitionsvertrag jubilierend, «ist ausgerichtet auf Souveränität, Innovation und gesellschaftlichen Fortschritt».

Es wird da so getan, als gäbe es den Bürger nur als homo digitalis. Das Leitbild ist «eine nutzerorientierte Verwaltung ... rein digital». Die Menschen könnten sich künftig, so sagt der Koalitionsvertrag, «auf einen digital souveränen und handlungsfähigen Staat verlassen».

Das gewaltige Problem dabei ist freilich, dass viele Millionen Menschen mit dieser Zwangsdigitalisierung vom Staat verlassen werden. Die Hälfte der über 65-Jährigen nutzt kein Smartphone, bei den über 80-jährigen haben zwei Drittel keinen Zugang zum Netz.

Wer ihn nicht hat, dem ergeht es künftig noch schlechter als bisher: Die Demokratie wird nämlich, wie der Koalitionsvertrag selbstbewusst verkündet, komplett digitalisiert und verdatet. Zu diesem Zweck erhält jeder Bürger verpflichtend auch eine «digitale Identität» – ob er sie will oder nicht.

Wer kein Smartphone hat oder es nicht einigermaßen behende bedienen kann; wer keinen Zugang zum Internet hat oder keinen haben will, wer nicht weiss, was ein Browser und was eine Bluetooth-Verbindung ist, oder wer sich schwer damit tut, eine herzustellen – der gerät schon heute ziemlich schnell an den Rand der Gesellschaft, der tut sich schon heute recht schwer, auch nur ein Bahnticket zu kaufen und seine Bankgeschäfte zu erledigen.

Anträge bei Behörden können schon heute oft nur online gestellt werden; immer mehr Dienstleistungen und Terminbuchungen werden nur online angeboten. Wenn es ein analoges Angebot überhaupt noch gibt, ist es abschreckend kundenunfreundlich. Die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben steht immer öfter unter Smartphone-Vorbehalt.

Das alles wird nun noch staatlich forciert. Das klingt modern, ist aber undemokratisch. Es grenzt Millionen Menschen aus. Der Autor dieser Zeilen hat daher schon einige Male gefordert, ein «Grundrecht auf ein analoges Leben» ins Grundgesetz zu schreiben – um auf diese Weise die Ausgrenzung der Menschen zu beenden, für die «die Welt von Computer, Smartphone & Co ein undurchdringlicher Dschungel» ist, wie das die Caritas soeben formuliert hat.

Die Digitalisten halten so ein Grundrecht auf ein analoges Leben für überflüssig, weil, wie sie sagen, das Problem mit den jetzt Alten ohnehin ausstürbe. Im Koalitionsvertrag findet sich daher auch kein Wort von so einem Grundrecht. Im Gegenteil: Dieser Vertrag etabliert einen Digitalzwang im Umgang mit allen staatlichen Behörden.

Das irritiert nicht nur alte und sehr alte Menschen, die sich für ihre digitale Unerfahrenheit und ihre Unkenntnis genieren. Das empört auch ausgefuchste Technikkönner, die die Gefahren der Digitalität gut kennen und vor der damit verbundenen Überwacherei warnen.



Depositphotos.com

Trump-Administration erlässt weitreichende Zensur gegen US-Wissenschaftler wegen Israel-Kritik

Von Lee Fang, April 24, 2025

Die **National Institutes of Health (NIH)** – eigentlich Garant für wissenschaftliche Unabhängigkeit – haben eine neue Richtlinie veröffentlicht, die eine **massive Einschränkung der Meinungsfreiheit** von Forschern bedeutet: Wissenschaftler, die sich **kritisch zur Menschenrechtslage in Israel äussern oder gewaltfrei zu Boykottmassnahmen aufrufen**, riskieren künftig **zivil- und strafrechtliche Konsequenzen**.

Diese Regel betrifft alle «inländischen Empfänger» von NIH-Geldern – also faktisch **Hunderttausende Wissenschaftler an Universitäten und Forschungsinstituten**.

Meinungsfreiheit – nur bis es um Israel geht

US-Institutionen durften bislang zu politischen Zwecken Unternehmen boykottieren – z. B. in North Carolina oder China. **Doch Proteste gegen Israel werden nun gezielt unterbunden.**

Die NIH-Richtlinie weitet bestehende «Anti-BDS»-Gesetze dramatisch aus. Sie basiert auf Regelungen, die bisher in 38 Bundesstaaten nur für staatliche Auftragnehmer galten – nun aber auch **Forschungseinrichtungen** umfassen.

Die neue Vorschrift betrifft **alle NIH-Zuschüsse ab dem 21. April 2025** – ob neu, erneuert oder fortgeführt.

Wissenschaftler zum Schweigen gebracht

Ein besonders drastischer Fall ist jener der Doktorandin **Rumeysa Ozturk** (30, Tufts University):

Sie wurde Anfang März von ICE-Beamten verhaftet, befindet sich aktuell in einem Gefängnis in Louisiana.

Vorwurf: Angebliche Unterstützung der Hamas – **obwohl keine Beweise vorgelegt wurden.**

Ein internes Memo des US-Aussenministeriums stellte fest, dass **keine rechtliche Grundlage** für Ozturks Abschiebung vorliege und **weder Verbindungen zum Terrorismus noch zu Antisemitismus** nachgewiesen werden konnten.

Was sie getan hatte? Eine Kolumne veröffentlicht, in der sie ihre Universität aufforderte, ihre Investitionen offenzulegen und sich von Unternehmen mit Israel-Verbindungen zu trennen – ein gewaltfreier, legitimer Boykottaufruf. **Genau solche Äusserungen sind jetzt verboten.**

Universitäten unter Druck – Forschungsgelder eingefroren

Mehrere Elite-Unis wie **Harvard, Columbia, Cornell** sehen sich Repressalien gegenüber: Bundesgelder wurden eingefroren oder gestrichen, um **Sprechverbote zu Israel durchzusetzen** und Abteilungen für Nahoststudien **unter Aufsicht zu stellen.**

Zensur als angeblicher Schutz vor Antisemitismus

Offiziell wird dieser Kurs mit dem «Kampf gegen Antisemitismus» begründet. Doch Kritiker sehen darin ein gefährliches Framing: **Auch jüdische Stimmen**, die Israels Politik kritisch sehen und gewaltfreien Widerstand unterstützen, geraten ins Visier.

Der frühere Trump-Botschafter **David Friedman** erklärte offen bei einer Konferenz in Israel: «Wir können sie ausweisen, wir können sie einsperren, wir können ihnen das Leben zur Hölle machen. Wir können ihnen den Geldhahn zudrehen – und genau das tut die Trump-Regierung jetzt zum ersten Mal.»

Was Friedman verschwieg: **Zahlreiche prominente Kritiker Israels sind selbst jüdisch** – doch in der neuen Logik der Regierung zählt jede Abweichung als «Feind».

48 Milliarden Dollar – unter Vorbehalt politischer Konformität

Das NIH-Budget von rund 48 Milliarden Dollar pro Jahr finanziert einen Grossteil der biomedizinischen Forschung in den USA. Die neue Regelung betrifft **Zehntausende Stipendien, Projekte und Institute.**

Wer sich nicht beugt, verliert Fördermittel – oder riskiert Sanktionen.

Besonders brisant: Die NIH-Definition von «Diskriminierung» ist so weit gefasst, dass **nahezu jedes Fortune-500-Unternehmen** darunterfallen könnte, das in oder mit Israel Geschäfte macht. Damit könnten **beliebige Boykotte willkürlich kriminalisiert werden**.

Verrat an der Wissenschaftsfreiheit

Diese Entwicklung widerspricht den Versprechen des neuen NIH-Direktors **Dr. Jay Bhattacharya**, der zuvor selbst unter Druck stand wegen seiner Kritik an der Pandemiepolitik.

Bei seiner Anhörung vor dem Senat versprach Bhattacharya: «Ich will am NIH eine Kultur des Respekts für freie Meinungsäußerung schaffen. Auch junge Wissenschaftler sollen ihre Meinung respektvoll äußern dürfen.»

Mit dieser neuen Israel-Zensur **wird dieses Versprechen de facto gebrochen**.

Fazit:

Die neue NIH-Richtlinie bedeutet eine **beispiellose Einschränkung der Redefreiheit im US-Wissenschaftssystem**. Wer Israels Politik kritisiert oder sich gewaltfrei für palästinensische Rechte einsetzt, **muss künftig mit Repression rechnen** – egal ob Studentin, Professor oder Forschungsteam.

Es ist ein gefährlicher Präzedenzfall: **Politische Loyalität wird zur Bedingung für wissenschaftliche Förderung**. Und der Preis ist nichts Geringeres als die Freiheit, zu sagen, was ist.

Quelle: Trump Admin Enacts Vast Censorship of American Scientists Over Israel

Quelle: <https://uncutnews.ch/trump-administration-erlaesst-weitreichende-zensur-gegen-us-wissenschaftler-wegen-israel-kritik/>



Anja Reschke: «Es ist nicht hinnehmbar, dass in unserem Land Frauen jeden Tag Gewalt aushalten müssen. Und dass so viele Frauen getötet werden, einfach weil sie Frauen sind – und keine Sau interessiert sich dafür.» © ARD

«Ermordete Frauen sind so etwas wie Verkehrstote»

Medien nehmen Gewalt gegen Frauen nicht ernst genug.

Die Justiz zeigt oft Verständnis für die Täter. Die Politik bekämpft Symptome.

Barbara Marti

Anja Reschke sprach in ihrer politischen Satiresendung Reschke Fernsehen (ARD) Klartext: Statt um den Schutz vor Frauen kümmerten sich Medien und Politik viel lieber um den Schutz vor Migranten. Ermordete Frauen seien eher so etwas wie Verkehrstote. «Tragisch, aber passiert halt.»

Kein Aufschrei, kein Wahlkampfthema, kein Sondergipfel

Zahlen des deutschen Bundeskriminalamts zeigen:

- Fast jeden zweiten Tag wird eine Frau von ihrem (Ex-)Partner getötet.
- Alle drei Minuten wird eine Frau zu Hause gedemütigt, geschlagen, getreten. Das sind fast 500 jeden Tag. Die Dunkelziffer wird als hoch eingeschätzt.
- Täglich werden 140 Frauen und Mädchen Opfer einer Sexualstraftat.

Reschke: «Damit leben Frauen seit Jahrzehnten, seit Jahrhunderten. Hat das mal einen Aufschrei ausgelöst? War das mal Wahlkampfthema, gab es einen Sondergipfel, aufgeregte Debatten? Nein.» Gewalt gegen Frauen Sorge nur dann für Schlagzeilen und politische Aufregung, wenn die Täter Migranten seien. «Wenn nicht «fremde» Männer beteiligt sind, gehört Gewalt gegen Frauen eher zum Normalbetrieb.»

Keine Schlagzeilen

Auch die meisten Medien nähmen das Thema Gewalt gegen Frauen nicht wirklich ernst, sagt Reschke. Anders in Spanien. Dort werde jeder Femizid in den Hauptnachrichten im Fernsehen erwähnt. In Deutschland machten Frauenmorde eher in kleinen Regionalzeitungen Schlagzeilen. Dort würden sie meist als tragische Einzelfälle dargestellt und nicht als strukturelles Problem: «Ehestreit, Beziehungstat, Familien-drama».

Justiz zeigt Verständnis für Täter

Auch die Justiz verharmlose Gewalt gegen Frauen, sagt Reschke. Die Täter kämen oft mit Totschlag statt Mord davon, was beim Strafmass einen grossen Unterschied mache. Zwei Beispiele aus dem letzten Jahr: Der Bundesgerichtshof hat ein Urteil gegen einen Mann aufgehoben, der seine Frau mit 36 Messerstichen getötet hatte. Statt lebenslang wegen Mordes muss er nur 10 Jahre wegen Totschlags ins Gefängnis, entschied das Höchstgericht. Er habe im Affekt gehandelt, weil die Frau sich trennen wollte und bereits einen neuen Freund hatte. Besondere Heimtücke oder niedrige Beweggründe für den tödlichen Angriff sah das Gericht nicht. Rechtsanwältin Christina Clemm sagt, bei Mord und Totschlag töte jemand bewusst und gewollt einen anderen Menschen. Ob das Motiv besonders verwerflich sei, müssten die Gerichte entscheiden. «Erstaunlicherweise ist die Rechtsprechung bei Männern, die Frauen töten, plötzlich sehr, sehr einfühlsam, warum die Täter handeln.»

Ebenfalls letztes Jahr entschied der Bundesgerichtshof, dass kein niedriger Beweggrund vorliegt, wenn das Tatopfer sich bereits vom Mann getrennt hat. Dann handelt es sich also nicht um Mord. Clemm sagt, die Justiz könnte eine solche Tat auch als «ganz besonders verwerflich» einstufen, falls ein Mann sie begeht, weil seine Frau ihn verlassen hat und er deshalb seinen Besitzanspruch nicht mehr durchsetzen kann.

«Bis ein Gesetz in Kraft ist, sind weitere 1000 Frauen tot»

Anfang dieses Jahres hat der Bundestag das «Gewalthilfegesetz» verabschiedet. Dieses schreibt unter anderem den Ausbau von Frauenhausplätzen vor. Diese waren bisher massiv unterfinanziert, obwohl täglich fast 500 Frauen häusliche Gewalt erleben. Der Mangel an sicheren Plätzen in Frauenhäusern könne dazu führen, so Rechtsanwältin Clemm, dass Betroffene zum Täter zurückkehren müssten. Dies könne zu weiterer und massiverer Gewalt führen. Das «Gewalthilfegesetz» sieht einen Rechtsanspruch auf einen Platz im Frauenhaus vor, allerdings erst ab 2032. Reschke: «Bis dahin sind weitere 1000 Frauen tot, wenn die Gewalt so bleibt wie bisher.»

«Männer bleiben im Herrenhaus, Frauen müssen ins Frauenhaus»

Die Politik bekämpfe weiterhin nur Symptome, sagt Reschke. Das «Gewalthilfegesetz» sollte es Frauen zwar erleichtern, sich in Sicherheit zu bringen. Für schlagende Männer ändere es aber nichts.

Eine von der Regierung vorgeschlagene Verschärfung des «Gewaltschutzgesetzes» lehnte das Parlament ab. Die Bundesregierung wollte gewalttätige Männer verpflichten, an Anti-Gewalt-Trainings teilzunehmen oder elektronische Fussfesseln zu tragen.

Doch jetzt tragen weiterhin vor allem Frauen die Konsequenzen, wenn ihr Partner gewalttätig wird. Sie müssen ihr Zuhause, ihren Besitz und vielleicht auch ihre Kinder zurücklassen. Reschke: «Die Männer leben weiter im Herrenhaus, die Frauen müssen ins Frauenhaus.» Laut Bundesfamilienministerium erlebt jede vierte Frau im Lauf ihres Lebens Gewalt durch ihren Partner. Statistisch gesehen müssten also alle jemanden kennen, der gewalttätig ist oder Gewalt erfahren hat. Reschke: «Es ist nicht hinnehmbar, dass in unserem Land Frauen jeden Tag Gewalt aushalten müssen. Und dass so viele Frauen getötet werden, einfach weil sie Frauen sind – und keine Sau interessiert sich dafür.»



Büro des Präsidenten der Vereinigten Staaten via Wikimedia

Donald Trump ist nicht der eigentliche Boss

uncut-news.ch, April 22, 2025

Donald Trump sei **nicht der Chef im eigenen Land**, sagt die Finanzexpertin und ehemalige US-Regierungsbeamtin Catherine Austin Fitts im Interview mit *De Andere Krant*. Ihrer Einschätzung nach wurde Trump **von der Finanzelite installiert**, um deren lang geplante Machtübernahme zu perfektionieren.



Fitts, die mittlerweile in den Niederlanden lebt, da sie wegen ihrer Enthüllungen in den USA verfolgt wurde, behauptet ausserdem, dass **der Anschlag auf Trump am 13. Juli vergangenen Jahres (hundertprozentig inszeniert) gewesen sei** – eine reine Show.

Der Moment der Entscheidung

Kurz vor dem Vorfall veröffentlichte *Foreign Affairs*, das Magazin des *Council on Foreign Relations*, einen Artikel, in dem Trump ausdrücklich unterstützt wurde. Für Fitts war das ein deutliches Signal: **«Die Banker hatten sich entschieden.»** Auch das «Attentat von Butler» passe ihrer Meinung nach exakt ins Bild.

Eine neue, noch gesetzlosere Ordnung

Trump sei **der Mann der Schattenregierung**, erklärt sie – eingesetzt, um ein umfassendes **digitales Kontrollsystem** umzusetzen, an dem seit Jahren gearbeitet werde. Was nach aussen hin chaotisch wirke, sei in Wirklichkeit ein **strategisch durchgeplanter Prozess**.

Während viele Menschen den «Kampf Trumps gegen den aufgeblähten Regierungsapparat» feiern, würden laut Fitts **öffentliche Strukturen zunehmend durch private Konzerne** ersetzt – etwa durch **Starlink (Elon Musk)** oder **Palantir (Peter Thiel)**. Diese Firmen kümmerten sich **nicht um Datenschutz oder Bürgerrechte**. **«Die neuen Werkzeuge des Imperiums werden noch gesetzloser sein als die alten»,** warnt Fitts.

Zwar habe Trump Massnahmen ergriffen, um seine Basis zufriedenzustellen – etwa durch das Verbot von CBDCs, die Freigabe der Epstein-Dokumente oder Einschränkungen gegen LGBTQ-Programme. Doch laut Fitts sei das **reine Symbolpolitik**.

Denn **die grossen US-Banken** arbeiteten längst an der Einführung **einer privaten digitalen Zentralbankwährung (CBDC)**, die **nicht unter Kontrolle des Kongresses** stehe. Fitts warnt:

«Was sie wirklich wollen, ist eine private CBDC – und die wäre noch viel gefährlicher.»

Quelle: <https://uncutnews.ch/donald-trump-ist-nicht-der-eigentliche-boss/>

INFOSperber

sieht, was andere übersehen.

23.04.2025



Das zerstörte Flüchtlingslager Jabalia nach dem Abzug der Besatzungstruppen am 23. Januar © thenews2.com/Depositphotos

Israel in Gaza: Von der ethnischen Säuberung zum Völkermord Laut zwei namhaften israelischen Genozid-Spezialisten ist Israel daran, im Gazastreifen einen Völkermord zu begehen.

Urs P. Gasche

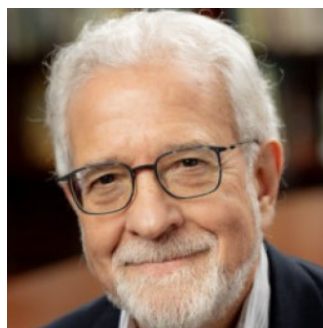
Seit Anfang März schneidet Israel das hermetisch abgeschlossene Gaza von Wasser, Nahrungsmitteln und medizinischer Grundversorgung ab. Die verzweifelte, ständig zur Flucht gezwungenen Zivilbevölkerung soll eben der Hamas endlich Widerstand leisten, meinten israelische Regierungsvertreter.

Gleichzeitig bombardiert Israel praktisch täglich weiter. Über diesen Krieg in Gaza und die dortige ethnische Säuberung berichten viele Medien nur noch am Rande. Im Vordergrund der Aufmerksamkeit stehen Schicksale von Verletzten und Getöteten in der Ukraine.

Zwei israelische und jüdische Genozid-Spezialisten rufen dazu auf, den Krieg in Gaza als fortschreitenden Völkermord zu betrachten. Der Genozid-Forscher Professor Omer Bartov kritisiert namentlich Deutschland, weil es zur obersten Staatsmaxime die Sicherheit Israels erklärt und nicht das humanitäre Völkerrecht.

«Es braucht kein Auschwitz für einen Völkermord»

Ende 2023, zwei Monate nach dem Massaker der Hamas und dem massiven Gegenschlag Israels, hatte Bartov den Vorwurf des Völkermords noch zurückgewiesen.



© Brown Univ.

Professor Omer Bartov

Der in Israel geborene Omer Bartov ist Professor of Holocaust and Genocide Studies an der Brown University in Providence. Er hatte sich intensiv mit den Verbrechen der deutschen Wehrmacht im Osten Europas beschäftigt.

Bartov zählt zu den führenden Historikern des Holocaust in Osteuropa.

Am 25. Januar 2025 begründete Barton seine Meinungsänderung in einem Interview mit dem «Spiegel». Hier einige Auszüge:

«Wenn man sagt, dass Israel in Gaza einen Völkermord begangen hat, lautet die Antwort stets sofort, dass es dort kein Auschwitz gibt. Aber ich finde, dass das völlig irrelevant ist, denn nicht alle Völkermorde sehen aus wie der Holocaust. Es gab auch einen Völkermord in Ruanda oder in Bosnien oder in Kambodscha. Es gab zahlreiche Äusserungen von israelischen Politikern und Militärs in Machtpositionen, die zur Ausrottung aufriefen und die palästinensische Bevölkerung etwa als «menschliche Tiere» bezeichneten. Die Bevölkerung dort zu dehumanisieren, ist Teil der Anstiftung zum Völkermord. Insbesondere nach dem Einmarsch nach Rafah im Mai 2024 konnte man auch die systematische Zerstörung von Wohnungen und Infrastruktur erkennen, dazu von Universitäten, Moscheen, Schulen, also von allem, was ein Volk als Lebensgrundlage braucht. Und im Oktober begann die Armee dann sogar damit, den nördlichen Gazastreifen zu entleeren. Es gibt ein Muster, das auf einen Völkermord hindeutet. Momentan zieht Deutschland aus seiner Vergangenheit die falschen Lehren: Nicht Israels Sicherheit sollte Deutschlands *Staatsräson* sein, sondern das humanitäre Völkerrecht sollte die wichtigste Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg sein. Die deutsche Regierung und ein Grossteil der intellektuellen und akademischen Elite haben sich so sehr der Vorstellung verschrieben, dass sie Israel um jeden Preis unterstützen müssen, dass sie damit zur Schwächung der israelischen Demokratie beitragen.»

«Wachsender Konsens, dass es ein Genozid ist»

Der israelische Holocaust-Forscher Amos Goldberg hält Genozid-Vorwürfe ebenfalls für stichhaltig, auch wenn Gaza nicht Auschwitz sei.



© CJHPS

Professor Amos Goldberg

Amos Goldberg ist Professor an der Abteilung für Jüdische Geschichte und Modernes Judentum an der Hebräischen Universität Jerualem und hat Bücher über den Holocaust veröffentlicht.

Goldberg erklärte in der «Frankfurter Rundschau», warum er Genozid-Vorwürfe für stichhaltig hält, auch wenn Gaza nicht Auschwitz sei:

«Eines vorweg, der 7. Oktober war ein Trauma. Es waren abscheuliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit, was auch der Internationale Strafgerichtshof in seinen Haftbefehlen gegen die (inzwischen toten) Hamas-Anführer anerkannt hat. Ich kann Ihnen nicht beschreiben, wie schockierend das Geschehen für mich persönlich war. Es hat mich ein halbes Jahr gekostet, den ersten Artikel zu schreiben, der besagte, ja, in Gaza findet ein Genozid statt.

Mein Argument ist ein zweifaches: Historisch gesehen und der UN-Konvention von 1948 zufolge handelt es sich bei einem Genozid um die Zerstörung eines Kollektivs, nicht unbedingt aller Mitglieder. Nach allem, was passiert ist, existiert Gaza nicht mehr als politisches, soziales, nationales Kollektiv. Man muss die Zahlen nicht wiederholen, aber auszugehen ist von 60'000 Toten, inklusive der unter Trümmern Begrabenen, sowie 110'000 Verletzten.

Laut UN-Konvention ist auch das Herbeiführen von Bedingungen für massenhaften Tod ein Genozid-Akt. Zerstörte Krankenhäuser, das Aushungern und Blockieren von humanitärer Hilfe sind ein Teil davon, genauso wie dem Boden gleich gemachte Städte wie Jabalyia und Rafah. Daraus entsteht ein Bild des Genozids. Das muss nicht dem Holocaust entsprechen, als die Deutschen jedes einzelne Individuum verfolgt haben. Aber es ist genau wie Raphael Lemkin, der jüdisch-polnische Jurist, der eine treibende Kraft hinter der Genozid-Konvention war, das Wort Genozid geprägt und verstanden hat.

Die Genozid-Konvention verlangt den Nachweis einer Absicht. Hier haben wir hunderte, wenn nicht tausende aufgezeichnete, genozidale Äusserungen, die seitens Politikern (Premier und Präsident inklusive), Medienleuten, Offizieren und einflussreichen Rabbinern seit jenem 7. Oktober fielen. Wie etwa: «Wir werden Gaza zerstören. Wir bomben es zurück ins Steinzeitalter. Es gibt keine Unschuldigen in Gaza... » Man hat also die Absicht, unfassbare Zerstörung und Vernichtung der gesamten sozial-politisch-kulturellen Einheit. Deshalb gibt es unter Rechtswissenschaftlern und führenden Menschenrechtsorganisationen wachsenden Konsens, dass das, was in Gaza geschieht, Genozid ist.

Historiker wissen, dass es keinen klaren Schnitt zwischen ethnischer Säuberung und Genozid gibt. Beides kommt oft zusammen, wie seinerzeit im Fall der Armenier, der Rohingya und auch im Holocaust.»

«Kein Zweifel am Völkermord»

Der Journalist und Autor Arn Strohmeier beschäftigt sich seit Längerem mit dem Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Er fordert eine Änderung der deutschen Politik zu Israel:

«Israel hat im Gazastreifen einen Völkermord begangen, daran besteht kein Zweifel – das bestätigen internationale Menschenrechtsorganisationen, Völkerrechtler und israelische Holocaust-Historiker. Der Internationale Gerichtshof (IGH) prüft den Vorwurf noch, aber es ist sicher, wie sein Votum ausgehen wird. Israel hat mit seinem brutalen Vorgehen in Gaza skrupellos Menschenrechte und Völkerrecht gebrochen – und hat sich dabei rechtfertigend sogar noch auf den Holocaust berufen, weil es ja mit der Hamas «Nazis» bekämpfe. Der italienische Historiker Enzo Traverso merkt dazu empört an: «Die Erinnerung an einen Holocaust zu mobilisieren, um einen anderen Genozid in der Gegenwart zu billigen, ist etwas Neues und historisch nie Dagewesenes!» Schlimmer kann man den Holocaust also nicht missbrauchen!

Das genau ist auf den Punkt gebracht das humane und moralische Desaster, das Israel mit seinem Genozid angerichtet hat. Aber in dieses moralische Desaster ist auch die deutsche Politik tief verwickelt, da sie durch die vorbehaltlose moralische und materielle Unterstützung (Waffenlieferungen) eine grosse Mitschuld an diesem Völkermord trägt. Als Täterland des Holocaust hätte Deutschland die eigentliche Botschaft des Holocaust vertreten müssen: eine Ethik der Humanität und Gleichheit für alle Menschen – und die Ablehnung von Gewalt und Krieg. Deutschland hat das nicht getan, sondern sich bedingungslos hinter Israels genozidale Politik gestellt. Es hat damit wie Israel den Holocaust verraten und sich auf die falsche Seite der Geschichte gestellt.»

Verweigerung von Nahrungsmitteln und Medikamenten

Andreas Zumach, Völkerrechtsspezialist und langjähriger Korrespondent bei der Uno in Genf, weist darauf hin, dass – seit dem Januar-Interview mit Omer Bartov im «Spiegel» – die israelische Regierung und Militärführung die Angriffe auf Krankenhäuser sowie auf Lieferungen humanitäre Versorgung der Gaza-Bevölkerung intensiviert hätten. Zudem habe die Regierung («Verteidigungsminister» Katz und andere) ausdrücklich erklärt und zu rechtfertigen versucht, dass und warum sie sämtliche humanitären Lieferungen in den Gaza-Streifen unterbindet – auch überlebensnotwendige wie Nahrungsmittel und Medikamente. Das erfülle Kriterien der Genozid-Konvention von 1948.

USA lassen Israel offensichtlich freie Hand.

Die für Israel zuständige Direktorin im Nationalen Sicherheitsrat arbeitete zuvor für das israelische Verteidigungsministerium.

Merav Ceren ist ohne grosse Bekanntgabe zur Direktorin des US-National Security Council (NSC) ernannt worden. Sie ist dort für Israel und Iran zuständig. Ihre frühere Tätigkeit im israelischen Verteidigungsministerium erwähnt Ceren in ihrer Biografie bei der pro-israelischen Denkfabrik Foundation for Defense of Democracies.

Der US-Journalist Ryan Grim kommentiert: «Ceren's Ernennung verschafft Israel einen ungewöhnlichen Vorteil in den internen politischen Diskussionen, gerade jetzt, wo die israelische Regierung eine neue Kampagne startete, um die US-Regierung für einen Krieg mit dem Iran zu gewinnen, anstatt die Verhandlungen über ein Atomabkommen fortzusetzen.»

Oxfam: Israel verweigert lebenswichtige Nothilfe

«Massenhafte Zwangsumsiedlungen machen humanitäre Hilfe nahezu unmöglich», stellte Oxfam am 23. April fest. Die Zwangsevakuierungen sowie die Blockade durch Israel würden «lebenswichtige Nothilfe weitgehend verhindern».

Israel habe viele Anordnungen und Richtlinien erlassen, um Menschen in Gebiete zu bringen, die es zu «bekannten Schutzräumen» erklärt hat. Diese verfügen jedoch nicht über Einrichtungen, die gemäss humanitären Völkerrechts zum Schutz der Zivilbevölkerung notwendig seien – insbesondere angemessene Unterkünfte, Hygiene, Gesundheit und Sicherheit.

Papst Franziskus: Impfdogma statt Nächstenliebe – Für wen sprach er wirklich?

uncut-news.ch, April 22, 2025

Mit seinem Tod endet das Pontifikat von Papst Franziskus – einem Kirchenoberhaupt, das wie kein anderes den Schulterschluss mit globalen Machtzentren suchte. Sein Umgang mit der Corona-Impfung wirft unbequeme Fragen auf: Diente Franziskus dem katholischen Glauben – oder einer neuen, technokratischen Weltordnung?



Depositphotos.com

Ein «Akt der Liebe»?

Franziskus nannte die Corona-Impfung einen «Akt der Liebe». Doch was wie eine pastorale Botschaft klang, entpuppte sich als ideologisch aufgeladene Kampagne: *Wer sich nicht impfen liess, bekam im Vatikan schlichtweg kein Gehalt mehr. Ungeimpfte Bedienstete wurden unter Druck gesetzt, mit Sanktionen bedroht.*

→ *Drei Mitglieder der Schweizergarde quittierten den Dienst – sie verweigerten die Spritze.*



Rüeblikraut wird heute oft mitgegessen, um Foodwaste einzuschränken./ © Hana Mara/Pexels

Blätter essen statt wegwerfen? Besser nur bei Bio-Gemüse Rübli- und Radieschenblätter werden heute häufiger mitgegessen. Doch sie können stark mit Schadstoffen belastet sein.

Daniela Gschweng

Um Lebensmittelverschwendung zu vermeiden, werden Blätter, Stiel und Strunk zunehmend mitverwertet. «Leaf to Root», also die ganze Pflanze mit Stumpf und Stiel zu essen, liegt im Trend. Im Internet kursieren zahlreiche Rezepte für Pesto, Smoothies oder Suppen aus Radieschengrün und Rüeblikraut. Warum auch nicht? Weinblätter werden schliesslich seit Jahrhunderten gegessen. Pflanzenteile wie Blätter können jedoch viel Nitrat, Pestizide und auch andere ungesunde Stoffe enthalten.

Radieschengrün ist oft nur Show

Nitrat (NO_3) stammt oft aus Düngerstickstoff. Es kann zu gesundheitsschädlichem Nitrit (NO_2) umgewandelt werden. Unter bestimmten Bedingungen bilden sich daraus krebserregende Nitrosamine.

Blattgemüse wie Rucola, Mangold, Spinat, Rettich, Radieschen, Randen, Kohlrabi und Kohl speichern besonders viel Nitrat. Vor allem grosse Blattrippen, Stiele und Stängel enthielten viel davon, warnte die Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern (VZMV) im Oktober.

Radieschen und Kohlrabi mit Blättern zu verkaufen, dient meist dem Marketing. Grüne Blätter sollen den Eindruck von Frische erwecken. Tatsächlich verliere die Pflanze aber viel Wasser durch Verdunstung und verderbe schneller, so die Verbraucherzentrale. Radieschen halten also länger, wenn man die Blätter entfernt. Um das Blattwerk bis in den Laden frisch aussehen zu lassen, brauche es zudem mehr Dünger, Wasser und Pestizide.

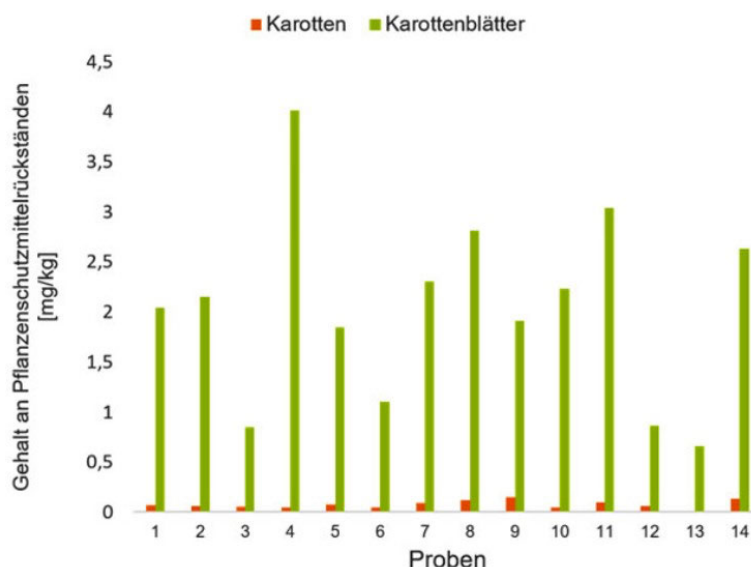
Auf Pestizide untersucht wird erst jetzt

Untersucht wird das Gemüsegrün zum Teil erst jetzt. Nicht ganz zufällig – seit Januar 2025 gelten in Deutschland Pestizid-Grenzwerte für essbare Pflanzenteile wie Blätter. Der nächste kritische Punkt im Radieslikraut also: Spritzmittelrückstände im konventionell angebauten Gemüse.

Oder besser: vor allem in den Blättern. Das fand das Chemische und Veterinäruntersuchungsamt Stuttgart (CVUA Stuttgart) bei der Untersuchung von Radieschenblättern und Rüblikraut im Oktober 2024 und Januar 2025.

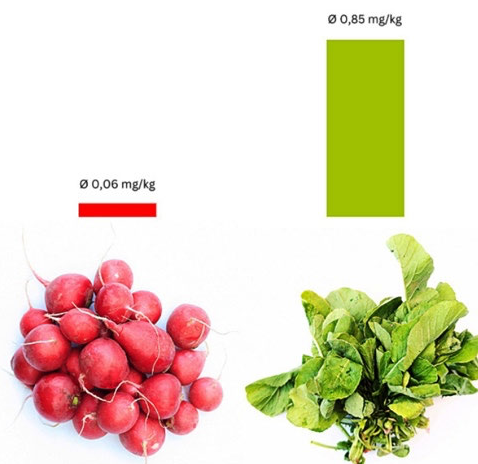
Rüblikraut enthält 25-mal mehr Pestizide als Rübli

Rüblikraut von 14 deutschen Rübli aus konventionellem Anbau enthielt dabei durchschnittlich 25-mal mehr Pestizide als die Rübli selbst. Im Kraut wies das CUVA Stuttgart 14 Wirkstoffe nach – doppelt so viele wie in der Wurzel (6 Wirkstoffe). Lege man die Höchstwerte von Rucola zugrunde, die seit 2025 auch für Radieschenblätter gelten, wurde bei 13 von 14 Rüblikraut-Proben der Grenzwert überschritten. Das einzige Bio-Rübli und sein Kraut überschritten die Höchstwerte nicht.



Mittlerer Pestizidrückstandsgehalt von Karotten und Karottenblättern im Vergleich.
Der mittlere Rückstandsgehalt in den Blättern ist ungefähr 25-mal höher als in den Wurzeln.
Grund ist unter anderem die grosse Oberfläche der Karottenblätter. © CVUA

Dasselbe bei Radieschen. Das Grün von zehn Radieschen enthielt 14-mal so viele Pestizide wie das Radiesli selbst. Die Anzahl der gefundenen Pestizidwirkstoffe war mit 8,2 im Grün mehr als doppelt so hoch wie in der Wurzel (3,5). In neun von zehn Radieschenkraut-Proben wurden die seit Januar geltenden Rückstandshöchstwerte überschritten. Zum Vergleich: In einem Bio-Produkt fand das CVUA 2020 nur ein Pestizid und das nur in Spuren.



Mittlere Pestizidrückstandsgehalte von Radieschen und Radieschenblättern.
Der mittlere Gehalt der Blätter ist rund 14-mal höher als bei den Wurzeln. © CVUA

Fazit: Nur Bio oder Eigenanbau bedenkenlos geniessbar

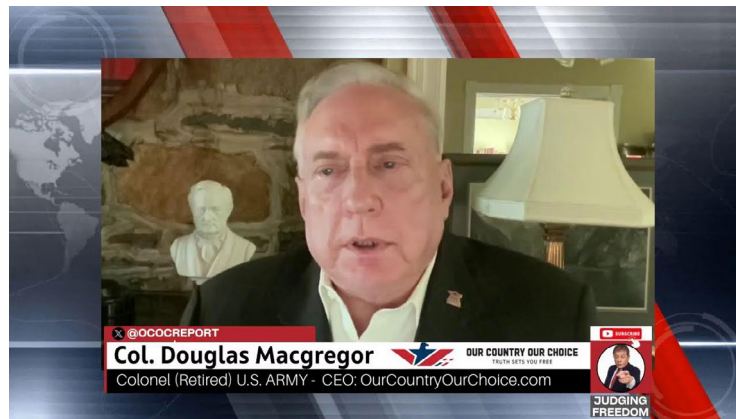
Das CVUA und die Verbraucherzentralen empfehlen, nur Grün von Bio-Gemüse oder Gemüse aus dem eigenen Garten zu essen. Was zweifellos ein sinnvoller Ansatz ist.

Bei einigen natürlich vorkommenden Chemikalien hilft Bio jedoch nichts. Rhabarberblätter etwa enthalten viel Oxalsäure, was Harnsteine begünstigen kann. Und in Avocadokernen stecke der Bitterstoff Persin, warnt «Öko-Test». Ob dieser für Menschen giftig sei, sei noch unklar – für Haustiere gilt Persin als giftig.

Schälen kann gesünder sein

Tomaten bilden in Strunk, Stängel und grünen Stellen giftiges Solanin. Solanin ist in kleinen Mengen nicht besorgniserregend, kann aber unangenehm im Hals kratzen. Derselbe Stoff findet sich auch in den grünen Stellen an Kartoffeln. Grüne Stellen und Keime sollte man vor dem Kochen entfernen.

Wenn die Kartoffel nicht ganz frisch ist, schält man sie am besten. Das rät die Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern. Was sich an Nährstoffen in der Schale befindet, sei nach langer Lagerung vernachlässigbar. Auch Rüebli sollte man besser schälen, wenn sie nicht aus Bio-Anbau stammen. An der geriffelten Schale könnten sich viele Pestizide festsetzen.



Droht ein Krieg mit Iran? Col. Douglas Macgregor warnt

uncut-news.ch, April 25, 2025, von Redaktion

Col. Douglas Macgregor warnt: Israel könnte USA in einen regionalen Flächenbrand ziehen – auch ohne Zustimmung Washingtons

In einem aktuellen Interview mit *Judge Andrew Napolitano* spricht **Colonel Douglas Macgregor** in ungewöhnlich scharfer Form über die Eskalationsgefahr im Nahen Osten, das israelische Kalkül im Umgang mit Iran – und über das Versagen der US-Aussenpolitik unter Donald Trump.

Macgregor zufolge befindet sich die geopolitische Lage an einem **gefährlichen Kipppunkt**. Besonders alarmierend: Ein möglicher Alleingang Israels gegen Iran – in der Erwartung, dass die USA dann «automatisch nachziehen».

Friedensgespräche? «Reine Show – Europa schlägt auf tote Pferde ein»

Zu Beginn nimmt Macgregor Bezug auf die Abwesenheit von US-Aussenminister Rubio und Sondergesandtem Wood bei der sogenannten «Friedenskonferenz» in London:

«Ein Signal, dass die USA den Prozess nicht ernst nehmen. Es wird ohnehin nichts herauskommen – Selensky kann es sich gar nicht leisten, Kompromisse einzugehen, ohne von seinen radikalen Nationalisten getötet zu werden.»

Macgregor betont, dass die USA den Ukraine-Krieg von Anfang an massgeblich mitverursacht hätten – durch den Putsch 2014, massive Waffenhilfe und den Aufbau einer «ukrainischen Rammbock-Armee gegen Russland». Trump habe diesen Kurs nie ernsthaft korrigiert:

«Er hätte sich distanzieren und den Krieg als das brandmarken sollen, was er ist: nicht sein Krieg. Stattdessen sprach er von einem 24-Stunden-Friedensplan – eine realitätsferne Behauptung.»

Trumps Aussenpolitik: «Keine Strategie, keine Denker, keine Richtung»

Macgregor zeichnet ein verheerendes Bild von der aussenpolitischen Kompetenz der Trump-Administration:

- **Keine strategische Linie**, weder militärisch noch wirtschaftlich
 - Personalentscheidungen auf Basis von TV-Tauglichkeit statt Fachkompetenz
 - Schlüsselpositionen im Pentagon mit ideologisch aufgeladenen Kriegsbefürwortern besetzt
- Besonders deutlich wird seine Kritik am US-Verteidigungsminister Hegseth: «Vollkommen ungeeignet. Keine Ahnung, keine Führung, keine Ehre. Ein Medienmensch, der im Irak eher DVDs geschaut als geführt hat.»

Israel und Gaza: «Ein Krieg der Vernichtung – mit stillschweigender US-Duldung»

Noch drastischer fällt Macgregors Analyse des aktuellen Gaza-Krieges aus: «Israel führt einen Krieg der Vernichtung – nicht nur gegen Hamas, sondern gegen ein ganzes Volk. Und unsere Regierung schweigt oder billigt es durch Aussagen wie die unseres Botschafters Huckabee.»

Huckabee hatte humanitäre Hilfe an Bedingungen geknüpft, die faktisch auf ein Aushungern der Zivilbevölkerung hinausliefen. Für Macgregor ist das «ethisch nicht tragbar»: «Ob Muslime, Christen oder Juden – was hier geschieht, ist ein Bruch jeder moralischen Norm. Das ist keine Verteidigung – das ist gezielte Vertreibung.»

«Netanjahu könnte angreifen – egal, was Washington sagt»

Der zentrale Punkt des Interviews betrifft die Gefahr eines **israelischen Präventivschlags gegen Iran**. Macgregor sieht dabei die USA in einer gefährlichen Geiselrolle: «Die Vorstellung, Israel würde ohne US-Zustimmung nichts tun, ist falsch. Ein israelischer Angriff könnte uns über Nacht in den Krieg ziehen. Netanjahu würde sofort nach amerikanischer Hilfe rufen – und Washington würde wahrscheinlich folgen.»

Dabei sei Iran «keine Gefahr für die Welt», betont Macgregor. Die westliche Rhetorik diene vor allem dazu, Israels hegemoniale Ambitionen zu rechtfertigen – gestützt von einem Machtapparat, der sich bis tief in den US-Kongress erstrecke.

Israel am Rande des Bürgerkriegs?

Abschliessend warnt Macgregor vor einer Zuspitzung der Lage **innerhalb Israels selbst**:

- Massive Spannungen zwischen Opposition und Regierung
- Ehemalige Verteidigungsminister und Knesset-Mitglieder sprechen offen von der Gefahr, dass «Juden gegen Juden» kämpfen könnten
- Netanjahu verfolge einen radikal-konfrontativen Kurs ohne Rücksicht auf innere Einheit oder internationale Folgen

Fazit:

Colonel Douglas Macgregor zeichnet das Bild einer Weltordnung, in der **nicht mehr strategische Vernunft**, sondern **mediale Wirkung, ideologische Verblendung und politische Erpressung** die Agenda bestimmen. Israel, so seine Warnung, könne mit einem einzigen Schritt einen **Flächenbrand entfachen**, der die USA unweigerlich in einen Krieg mit Iran ziehen würde – auch gegen ihren Willen.

«Der Glaube, wir hätten noch Kontrolle über unsere Verbündeten, ist eine Illusion.»

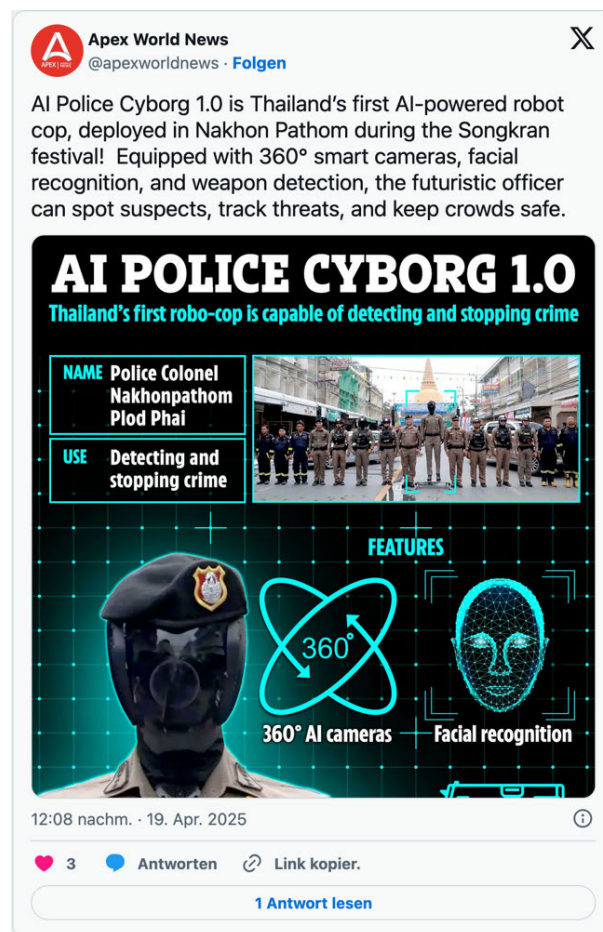
Quelle: <https://uncutnews.ch/droht-ein-krieg-mit-iran-col-douglas-macgregor-warnt/>



Robocop in Thailand: Wenn der Sicherheitsstaat zum Maschinenmenschen wird

uncut-news.ch, April 24, 2025, Von Redaktion

Was auf den ersten Blick nach einem Science-Fiction-Szenario klingt, ist in Thailand bereits Realität: Der südostasiatische Staat testet den Einsatz eines humanoiden Roboters mit künstlicher Intelligenz – zur Kontrolle der Bevölkerung. Das Projekt weckt nicht nur dystopische Erinnerungen an den Filmklassiker *RoboCop*, sondern stösst international auf wachsende Kritik.



Der neue Ordnungshüter: Eine Maschine mit Entscheidungsgewalt

Ausgestattet mit Gesichtserkennung, Bewegungsanalyse und autonomer Reaktionsfähigkeit soll der neue KI-Roboter helfen, «Sicherheit im öffentlichen Raum» zu gewährleisten. In der Praxis bedeutet das: Der Roboter kann Menschen identifizieren, verfolgen und als «Bedrohung» einstufen – und zwar in Echtzeit. Offiziell dient er der «Terrorprävention» und «Eindämmung von Kriminalität».



Doch die Formulierung «Eindämmung» bekommt eine beklemmende Dimension, wenn man die martialischen Fähigkeiten des Roboters betrachtet. Laut *Modernity.news* soll der Prototyp in der Lage sein, eine

Person physisch zu Boden zu bringen und – theoretisch – durch einen gezielten Schlag zu «neutralisieren». Der Titel des Artikels fragt provokant: **«Wie lange dauert es, bis dieses Ding dich zu Boden drückt und einen Bolzen durch dein Gehirn jagt?»**

Kritiker warnen: Was hier als technologische Innovation verkauft wird, ist in Wahrheit ein weiterer Schritt in Richtung digitaler Totalitarismus.

Zivilgesellschaftliche Organisationen befürchten, dass Proteste, abweichende Meinungen oder schlicht unerwünschte Versammlungen künftig nicht mehr von Polizisten, sondern von Maschinen «beurteilt» und niedergeschlagen werden könnten – ohne rechtliches Gehör, ohne menschliche Verhältnismässigkeit, ohne moralische Verantwortung.

Globaler Trend mit gefährlichem Potenzial

Thailand ist kein Einzelfall. Weltweit arbeiten Staaten an der Integration von Künstlicher Intelligenz in Polizei- und Militärsysteme. Ob autonome Drohnen, predictive policing oder robotische Sicherheitskräfte – die Grenze zwischen Schutz und Unterdrückung wird immer diffuser.

Der Fall Thailand verdeutlicht: Wo technologische Machbarkeit politischer Willkür begegnet, entsteht ein Machtinstrument von potenziell beängstigender Tragweite.

Fazit: Fortschritt für wen?

Der Robocop von Bangkok ist kein Zukunftsszenario – er steht bereits auf den Strassen. Während Regierungen von Effizienz und Ordnung sprechen, wächst die Sorge vor einem Zeitalter, in dem Algorithmen und Maschinen über Freiheit, Bewegung und Leben entscheiden.

Ein Sicherheitssystem, das seine Bürger überwacht wie potenzielle Feinde, ist kein Zeichen von Fortschritt – sondern von Misstrauen. Der Roboterstaat hat begonnen, und die Frage lautet nicht mehr *ob*, sondern *wie weit* wir ihn zulassen wollen.

Quelle: <https://uncutnews.ch/robocop-in-thailand-wenn-der-sicherheitsstaat-zum-maschinenmenschen-wird/>



Depositphotos.com

Russland: Das Haupthindernis für das globalistische Projekt der Neuordnung der Welt

Lucas Leiroz via strategic-culture, April 25, 2025

Der Krieg in der Ukraine ist mehr als ein regionaler Konflikt – er ist Ausdruck einer tiefgreifenden Auseinandersetzung zwischen nationaler Souveränität und globalistischer Hegemonie. Russland steht dabei im Zentrum der Auseinandersetzung – als letzte grosse Bastion gegen ein von transnationalen Eliten angestrebtes System totaler Kontrolle.

Der neue Feind: Russland

Was einst mit dem Slogan «Deutschland muss untergehen» begann, hat sich im 21. Jahrhundert in «Russland muss untergehen» verwandelt. Das westliche Narrativ zielt nicht auf Dialog, sondern auf Destabilisie-

zung, Fragmentierung und Unterwerfung Russlands. Der Grund: Russland widersetzt sich den Spielregeln, die von Einrichtungen wie dem Weltwirtschaftsforum, der WHO und dem IWF vorgegeben werden. Es beharrt auf seiner Souveränität, bewahrt seine natürlichen Ressourcen und setzt sein eigenes zivilisatorisches Modell gegen die technokratisch-globalistische Agenda.

Die Ukraine als geopolitisches Werkzeug

Der Maidan-Putsch von 2014, unterstützt von den USA und der EU, war nicht das Ergebnis eines Volksaufstands, sondern Teil eines geplanten hybriden Kriegs gegen Moskau. Die Ukraine wurde zur geopolitischen Schachfigur: Aufrüstung durch die NATO, Missachtung der Minsker Abkommen, Nutzung als Rohstoffquelle und als Keil zwischen Berlin und Moskau. Die militärische Sonderoperation Russlands war letztlich eine Reaktion auf eine jahrelange Provokationsspirale.

Trump als Störfaktor der Globalisten

Die Wiederwahl Donald Trumps 2024 stellt ein unberechenbares Element für die globalistische Strategie dar. Trump verkörpert nicht die Interessen der transnationalen Eliten, sondern die einer pragmatisch-nationalistischen US-Wirtschaftselite. Seine vorsichtige Annäherung an Putin – und seine ablehnende Haltung gegenüber NATO-Erweiterungen – deuten auf ein mögliches Ende des permanenten Kriegszustands in Europa hin. Ein Friedensschluss würde Russland geopolitisch stärken – ein Albtraum für die Architekten des Great Reset.

Die EU als gehorsames Werkzeug

Währenddessen bleibt Europa ein gefangenes Konstrukt: Bürokraten wie von der Leyen, Macron und Kallas fungieren als treue Verwalter einer fremden Agenda. Die Militarisierung schreitet voran, die Bevölkerung wird auf Krieg vorbereitet, Medien verbreiten einheitlich Propaganda. Die Souveränität Europas wurde geopfert – für eine Illusion transatlantischer Sicherheit, die in Wahrheit auf Abhängigkeit basiert.

Russlands Rolle im globalen Widerstand

Russlands Widerstand richtet sich nicht nur auf die Verteidigung seiner territorialen Integrität. Es verteidigt auch das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung gegen einen technokratischen Kollektivismus, der mit Begriffen wie «Nachhaltigkeit», «Digitalisierung» oder «globale Gesundheit» daherkommt – in Wahrheit aber soziale Kontrolle meint. Moskau kämpft symbolisch auch für all jene Kräfte weltweit, die sich dem Vormarsch der totalen Zentralisierung widersetzen.

Fazit

Der Konflikt zwischen Russland und der NATO ist ein Stellvertreterkrieg um die Zukunft der Weltordnung. Der wahre Bruch verläuft nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen Staaten, die ihre Unabhängigkeit bewahren wollen, und jenen, die sich in die Abhängigkeit globalistischer Institutionen begeben haben. Russland hat – ob man es politisch mag oder nicht – die Rolle des letzten Bollwerks gegen eine entmenslichte Weltordnung übernommen.

Die Frage ist: Wer steht noch aufrecht – und wer kniet bereits?

Quelle: Russia: The main obstacle to the globalist project of world reordering

Quelle: <https://uncutnews.ch/russland-das-haupthindernis-fuer-das-globalistische-projekt-der-neuordnung-der-welt/>

Explosive Daten der WHO zeigen, dass die COVID-19-Todesfälle nach der Massenimpfung weltweit in die Höhe schossen

Nicolas Hulscher, MPH, April 25, 2025, von Redaktion

Nicolas Hulscher, MPH und der neuesten WHO-basierten Studie:

WHO-Daten enthüllen: Mehr Impfungen, mehr Tote

Neue Studie entlarvt das Scheitern der globalen Impfstrategie – höchste Todesraten in am stärksten geimpften Regionen.

Eine neue Studie, veröffentlicht im *International Journal of Risk & Safety in Medicine*, bringt das offizielle Narrativ über COVID-19 endgültig ins Wanken. Basierend auf offiziellen **WHO-Daten** zeigt sie einen schockierenden Trend:

Mit zunehmender Impfquote stiegen weltweit auch die COVID-19-Todesfälle – teilweise dramatisch.

Der Titel der Studie ist ebenso deutlich wie verstörend:

«Paradoxical increase in global COVID-19 deaths with vaccination coverage: World Health Organization estimates (2020–2023)»

WHO-Daten: Der grosse Widerspruch

Während Regierungen und Medien die Massenimpfung als **Wendepunkt im Kampf gegen das Virus** darstellten, zeigt die neue Analyse das Gegenteil:

- In Europa stieg die Zahl der Todesfälle nach Impfstart von **528'625 auf 1'712'047**.
- In Nord- und Südamerika: von **954'673 auf über 2 Millionen Tote**.
- Weltweit: von **1,9 Mio. vor der Impfung auf über 5 Mio. in der Impfära** – das entspricht einem Anstieg von **über 160 %**.

Und das brisanteste Detail: Diese Zunahme geschah **zeitgleich mit einer der grössten medizinischen Interventionen der Menschheitsgeschichte** – der COVID-19-Massenimpfung.

Kritik vom Gesundheitswissenschaftler: «Die Impfung hat die Situation verschärft»

Der US-amerikanische Gesundheitswissenschaftler **Nicolas Hulscher, MPH**, kommentiert aus *Substack* die Ergebnisse mit deutlichen Worten:

«Die Massenimpfung gegen COVID-19 ist nicht nur gescheitert – sie hat die Situation sogar verschärft.»
«WHO-Daten zeigen, dass die COVID-19-Todesfälle nach der Massenimpfung weltweit in die Höhe schossen – mit den höchsten Todesraten in den am stärksten geimpften Bevölkerungsgruppen.»

Was untersuchte die Studie?

Die Forscher analysierten:

- **COVID-Fallzahlen, Todesfälle und Impfquoten** in allen WHO-Regionen bis zum 7. Juni 2023
- Vergleich der Todesraten vor und während der Impfära (CFR1 vs. CFR2)
- Korrelationen mit Altersstruktur, Impfquote und Todesanstieg

Zentrale Ergebnisse:

- In Regionen mit hoher Impfquote – etwa Amerika (Durchimpfung >70 %) und Europa – wurden **mehr als 70 % der globalen COVID-19-Todesfälle** registriert.
- Die geringsten Todesraten wurden in Regionen mit niedriger Impfquote wie **Afrika (3,8 %)** und **Westpazifik (1,5 %)** beobachtet.
- Der **prozentuale Anstieg der Todesfälle** war in Afrika **signifikant korreliert** mit dem Anteil der Bevölkerung über 65 Jahre ($r = 0,48$) – ein klarer Hinweis auf Altersabhängigkeit, aber keine Erklärung für die globalen Anstiege in den hochgeimpften Ländern.

Fazit der Autoren:

«Die COVID-19-Sterblichkeit stieg in der Ära der Impfung an – insbesondere in Regionen mit höherer Durchimpfungsrate.»

Eine diplomatisch formulierte, aber explosive Aussage. Denn sie widerspricht dem Kernversprechen der globalen Impfkampagne: *Leben retten*.

Was bedeutet das politisch?

Wenn sich diese Erkenntnisse bestätigen, ist die **Vertrauenskrise vorprogrammiert**:

- **Milliardeninvestitionen** in fragwürdige Impfstoffe
- **Politische Entscheidungen**, die auf falschen Annahmen beruhen
- **Mediale Zensur kritischer Stimmen**, die nun durch wissenschaftliche Daten rehabilitiert werden.

Schlusswort:


Diese Studie bringt nicht nur neue Daten – sie bringt die **Frage nach Verantwortung** zurück ins Zentrum der öffentlichen Debatte.

Warum starben in den am stärksten geimpften Regionen **mehr Menschen** – nicht weniger?

Und warum wird darüber **öffentlich nicht diskutiert**, obwohl es sich um **offizielle WHO-Daten** handelt?

Quelle der Studie:

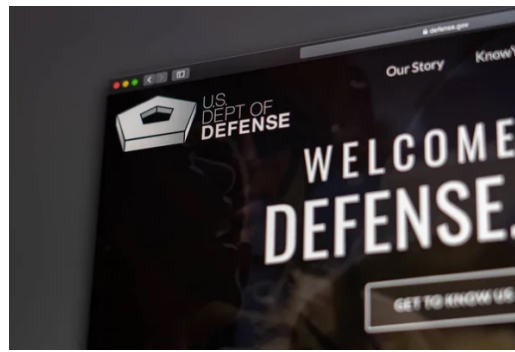
Paradoxical increase in global COVID-19 deaths with vaccination coverage (PubMed)

 Beitrag von Nicolas Hulscher (Substack, 25. April 2025):

<https://nicolashulscher.substack.com> (Zugang ggf. kostenpflichtig)

Quelle: Paradoxical increase in global COVID-19 deaths with vaccination coverage: World Health Organization estimates (2020–2023)

Quelle: <https://uncutnews.ch/explosive-daten-der-who-zeigen-dass-die-covid-19-todesfaelle-nach-der-massenimpfung-weltweit-in-die-hoehe-schossen/>



Depositphotos.com

Trumps trügerisches Friedensversprechen: Wie die USA den Ukrainekrieg einfrieren – und dennoch Milliarden verdienen

uncut-news.ch, April 25, 2025, von Redaktion

Während Donald Trump öffentlich verspricht, Frieden zwischen Russland und der Ukraine «innerhalb von Tagen» herzustellen, zeichnet sich hinter den Kulissen ein ganz anderes Bild ab: **Eine massive Aufrüstung Europas unter US-Kontrolle**, die Washington Milliarden an Rüstungsgewinnen garantiert – selbst, wenn sich die USA militärisch aus dem Konflikt zurückziehen.

Die USA erscheinen vordergründig als Vermittler – sind aber in Wahrheit **die dominierende Kriegspartei**, die den Konflikt militärisch, geheimdienstlich und wirtschaftlich lenkt. Und: **Sie lassen Europa zahlen.**

Die NATO ist Europa – und Europa ist der Kunde

Die Mehrheit der NATO-Mitglieder sind EU-Staaten (aktuell 23 von 27). Wenn Trump fordert, dass diese Länder ihre Verteidigungsausgaben auf **5% des BIP** erhöhen, geht es nicht nur um «Abschreckung». Es geht um ein gigantisches **Beschaffungsprogramm – made in USA.**

Laut EU-Verteidigungsdaten wurden zwischen Februar 2022 und Juni 2023 rund **63% der europäischen Rüstungsgüter von US-Firmen bezogen**, weitere 15% aus anderen Nicht-EU-Staaten. Nur etwa **20% der Ausgaben entfielen auf europäische Hersteller** – und selbst diese arbeiten meist **mit US-Konzernen zusammen** oder sind auf deren Technologie angewiesen.

Die Abhängigkeit ist strukturell:

- **F-35 Kampffjets:** Fast alle NATO-Staaten bestellen sie – produziert von **Lockheed Martin**.
- **HIMARS-Raketensysteme:** US-Exklusivsystem – NATO-Standard durchgesetzt in Osteuropa.
- **Patriot-Flugabwehr:** Komplexe High-Tech-Systeme, ausschließlich US-Hersteller.
- **Munitionsimporte:** NATO-Formate (Kaliber, Verschlüsse, Sicherungen) sind vielfach US-genormt.
- **Satelliten, Aufklärung, Kommandozentralen:** US-Technologie kontrolliert die Koordination – z. B. via Wiesbaden (NATO-Kommandozentrum in Deutschland).

Die europäische «Aufrüstung» bedeutet in Wahrheit: **Washington verkauft – Europa zahlt.**

Rüstungsindustrie: Amerikas stärkster Hebel

Die fünf grössten US-Rüstungsunternehmen – **Lockheed Martin, Raytheon, Northrop Grumman, General Dynamics und Boeing Defense** – haben in den vergangenen Jahren Rekordumsätze erzielt. Allein Lockheed Martin meldete 2024 Verteidigungsverkäufe von über **70 Milliarden Dollar**, ein Grossteil davon aus Europa. Die Ukraine Krise wurde zum **Katalysator eines neuen Rüstungsbooms**. Staaten wie Polen, Litauen, Deutschland und die Niederlande kündigten massive Aufstockungen ihrer Verteidigungsbudgets an – bevorzugt mit US-Systemen.

Trump muss gar keinen Krieg mehr führen, um seine Waffenexporte zu steigern. Das «Einfrieren» des Ukrainekriegs genügt – denn Europa bleibt in permanenter Unsicherheit. Und solange Europa glaubt, ohne amerikanischen Schutz sei es wehrlos, bleiben die Bestellungen garantiert.

Die Illusion vom Frieden – und das Kalkül dahinter

Trumps jüngste Aussagen zu einem möglichen Friedensplan mit Russland erscheinen auf den ersten Blick als Entspannungssignal. Doch sie dienen vorwiegend einem strategischen Ziel:

1. **Rolle rückwärts in der Ukraine** – weil sich der Krieg wirtschaftlich und militärisch für die USA erschöpft.
2. **Lastenverlagerung auf Europa** – unter dem Vorwand, «die NATO müsse mehr Verantwortung übernehmen».
3. **Freispielen der US-Streitkräfte für den Indopazifik** – insbesondere im Hinblick auf China und den Iran.
4. **Fortführung der Waffenexporte trotz Deeskalation** – denn die europäische Rüstung ist auf Jahrzehnte programmiert.

Trump gibt vor, Frieden zu bringen. In Wahrheit **nutzt er das geopolitische Chaos**, um die Rolle der USA als **militärischen Exporteur Nr. 1** zu festigen – **ohne selbst noch kämpfen zu müssen**.

Europas Souveränität – auf dem Altar der Rüstungsindustrie geopfert

Die Abhängigkeit der EU-Staaten von US-Waffen, US-Standards und US-Intelligenz ist strategisch. Selbst europäische Projekte wie der Eurofighter, das MGCS (zukünftiger Panzer) oder das FCAS-Kampfflugzeug sind technologisch und strukturell verzögert, überteuert – und politisch uneinheitlich.

Zudem arbeiten viele europäische Konzerne mit US-Herstellern zusammen oder sind sogar teils in US-Besitz (z. B. BAE Systems USA). Selbst bei europäischer Fertigung bleibt die **technologische Kontrolle in US-Hand** – etwa durch Lizenzrechte, Software oder Schlüsselkomponenten.

Fazit: Ein kontrollierter Rückzug – aber kein Rückzug vom Profit

Die USA sind dabei, sich taktisch aus dem Ukrainekrieg zurückzuziehen – **nicht aus moralischer Einsicht**, sondern weil sie die **Rendite ihrer Waffenverkäufe längst gesichert haben**.

Europa zahlt für eine militärische Abhängigkeit, die es selbst als «Verteidigung» bezeichnet – und liefert sich damit politisch wie wirtschaftlich weiter der US-Vorherrschaft aus.

Trump braucht keinen Krieg, um den militärisch-industriellen Komplex am Leben zu halten. **Die Angst genügt**. Die EU liefert sich freiwillig aus – und merkt es nicht einmal.

Unternehmen	US-Abhängigkeit	Art der Verflechtung
BAE Systems – Großbritannien	<i>Sehr hoch</i>	US-Tochter, US-Aufträge, Joint Ventures
Airbus D&S – Frankreich/Deutschland/Spanien	<i>Hoch</i>	US-Komponenten, Transatlantische Projekte
Leonardo – Italien	<i>Hoch</i>	F-35-Endmontage, US-Tochterfirma
Rheinmetall – Deutschland	<i>Mittel-hoch</i>	US-Projekte, Munitionsexporte, Joint Ventures
MBDA – UK/Frankreich/Italien/Deutschland	<i>Mittel</i>	Kooperation mit Lockheed, US-Komponenten

Quellen:

1. Politico: Europe splits on Trump's call to dramatically boost defense spending
2. Defense News: EU buys too much defense equipment abroad, especially from US
3. Wikipedia: European Defence Industrial Strategy
4. Foreign Policy: Can Trump's 5 Percent Defense Spending Threshold Save NATO?
5. Strengthening European Defense in an Era of US Retrenchment: Insights from the Draghi Report

Quelle: <https://uncutnews.ch/trumps-truegerisches-friedensversprechen-wie-die-usa-den-ukrainekrieg-einfrieren-und-dennoch-milliarden-verdienen/>

WHO-Verträge ohne demokratische Kontrolle: Bundesrat gibt still und heimlich Schweizer Souveränität preis

Medienmitteilung – ABF Schweiz, 2. Mai 2025

Baar – Mit den Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) und einem neuen Pandemiepakt würde die Souveränität der Schweiz in Gesundheitsfragen stark eingeschränkt. Das Aktionsbündnis freie Schweiz (ABF Schweiz) fordert den Bundesrat auf, jetzt die Zurückweisung der geänderten IGV zu erklären. Ausserdem muss die Schweizer Delegation an der kommenden Weltgesundheitskonferenz in Genf den Pandemievertrag aufgrund schwerwiegender Verfahrensmängel zurückweisen.

Während in der Öffentlichkeit lautstark über Souveränitätsfragen im Zusammenhang mit dem neuen EU-Rahmenvertrag diskutiert wird, bleibt eine ähnlich tiefgreifende Entwicklung weitgehend unbeachtet: eine sich abzeichnende Machtverlagerung von der nationalen Gesundheitspolitik hin zur Weltgesundheitsorganisation (WHO). Das Aktionsbündnis freie Schweiz leistet hier Aufklärungsarbeit und leuchtet brisante Hintergründe in zwei neuen Artikeln aus. Zum Vorschein kommt dabei ein gefährliches Demokratiedefizit.

Artikel 1: Kritik an Brüssel, Gehorsam in Genf: Wo bleibt der Aufschrei zur WHO?

(ABF Schweiz News, 1. Mai 2025) (1)

Dieser Beitrag zeigt auf, dass zentrale WHO-Vorhaben – namentlich die Revision der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) sowie der neue Pandemievertrag – bedeutende Eingriffe in die nationale Entscheidungsfreiheit darstellen könnten. Während beim EU-Rahmenabkommen breite Forderungen nach einem obligatorischen Referendum laut werden, fehlt diese öffentliche Debatte hier gänzlich.

Dabei müssten bereits die Alarmglocken läuten, wenn man betrachtet, wie die IGV überhaupt zustande gekommen sind:

- Eine ordnungsgemässe Abstimmung fand nicht statt.
- Das Abstimmungsergebnis wurde im «Konsens» gefällt, obwohl dies nicht vorgesehen ist.
- Es wurden mehrere weitere interne Verfahrensgrundsätze und Fristen verletzt.

Der Artikel verweist zudem auf ein strukturelles Problem: Die Gewaltenteilung in der Schweiz erodiert zunehmend, da der Bundesrat sich fast ausschliesslich auf verwaltungsinterne Einschätzungen stützt, in diesem Zusammenhang insbesondere auf das Bundesamt für Gesundheit (BAG). Das Parlament wird nur selektiv informiert, zentrale Entscheidungen wurden hinter verschlossenen Türen getroffen.

Artikel 2: Völkerrecht nach Gutdünken – und die Schweiz schweigt

(ABF Schweiz News, 2. Mai 2025) (2)

Verstösse gegen die eigenen Regeln zeichnen sich nun auch beim neuen Pandemievertrag ab. Offensichtlich hat dies bei der WHO System. Mit demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen ist das allerdings nicht vereinbar. Erneut werden Verfahrensregeln missachtet und Fristen nicht eingehalten. Konkret: Anstelle einer fristgerechten Publikation des finalen Textes (spätestens sechs Wochen vor Beginn der Sitzung) ist lediglich ein geleakter Entwurf vom 16. April 2025 durchgesickert. Die 78. Weltgesundheitsversammlung beginnt indes bereits am 19. Mai 2025. Stand heute, 1. Mai 2025, ist immer noch kein offizieller Vertragsentwurf öffentlich zugänglich – weder auf der Homepage der WHO noch auf derjenigen des BAG. Auf der WHO-Website stammt der letzte verfügbare Entwurf aus der Vorverhandlungsphase und ist mit dem 27. Mai 2024 datiert. Es gibt also bei heute keine offizielle Publikation, keine Übersetzung, keine Möglichkeit zur öffentlichen Prüfung.

Damit ist ein ordentliches, transparentes und verfahrensrechtlich sauberes Vorgehen ausgeschlossen. Die WHO verletzt nicht nur ihre eigenen Regeln, sie macht die Vertragsverhandlungen auch zu einer jedem gesunden Demokratieempfinden spottenden Farce.

Umso unverständlicher ist das anhaltende Schweigen des Bundesrats, der es versäumt, die im Raum stehende Frage zu klären, ob die Inhalte des Pandemievertrags überhaupt mit der Schweizer Verfassung und Gesetzgebung vereinbar sind.

Vor diesem Hintergrund stellt ABF Schweiz klare Forderungen an den Bundesrat und an die Schweizer Politik:

- Internationale Verpflichtungen dürfen nur dann eingegangen werden, wenn sie auf korrektem, demokratisch legitimiertem Weg beschlossen worden sind. Organisationen, die ihre eigenen Regeln nicht einhalten, dürften nicht als verlässliche Partner gelten.
- Parlament und Öffentlichkeit müssen objektiv und transparent informiert werden. Heute verfügt das BAG faktisch über eine Informationshoheit, kritische Fakten werden vernebelt und die Parlamentarier und Stimmbürger werden beschwichtigend an der Nase herumgeführt.
- Der Bundesrat muss bis zum 19. Juli ein sogenanntes Opting-out zu den IGV erklären. Sonst treten diese automatisch in Kraft und die Schweiz verliert einen wesentlichen Teil ihrer Autonomie in Gesundheitsfragen.
- An der nächsten Weltgesundheitsversammlung vom 19. bis 27. Mai muss die Schweizer Delegation auf die dokumentierten Verfahrensmängel und Fristverletzungen hinweisen und auf einem korrekten, demokratischen Prozess bestehen. Dem Pandemievertrag darf sie unter diesen Umständen schon rein aus verfahrensrechtlichen Gründen nicht zustimmen.

ABF Schweiz ruft Öffentlichkeit, Medien und Politik auf, jetzt für die Wahrung der demokratischen Rechte einzustehen – bevor die Entscheidungen unumkehrbar sind.

Dr. Philipp Gut, ABF Schweiz

© ABF Schweiz Aktionsbündnis freie Schweiz

Lättichstrasse 8a · 6340 Baar · kontakt@abfschweiz.ch · www.abfschweiz.ch

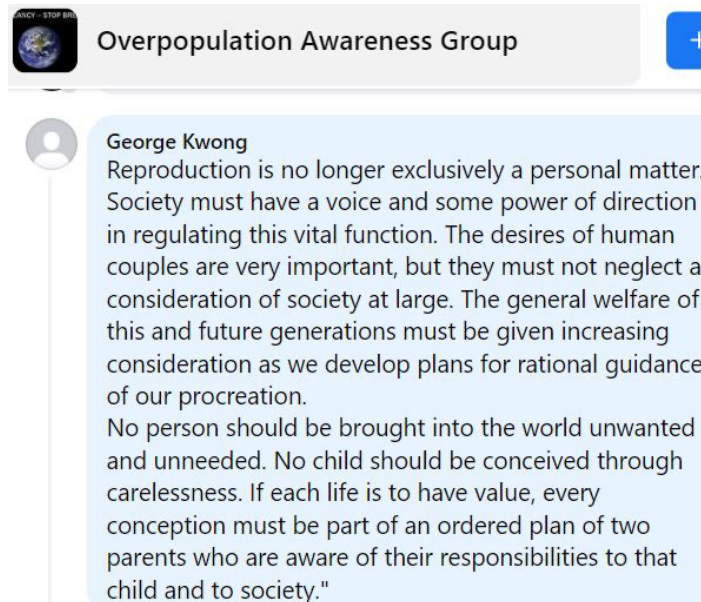
Erwähnte Artikel

(1) <https://abfschweiz.ch/wp-content/uploads/Artikel-01.05.25.pdf>

(2) <https://abfschweiz.ch/wp-content/uploads/Artikel-02.05.25.pdf>

Quelle: <https://uncutnews.ch/who-vertraege-ohne-demokratischekontrolle-bundesrat-gibt-still-undheimlich-schweizer-souveraenitaet-preis/>

Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.



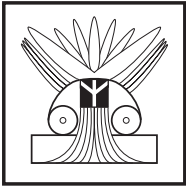
Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorkenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunensymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie

das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besatzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbol zu umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.




Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der

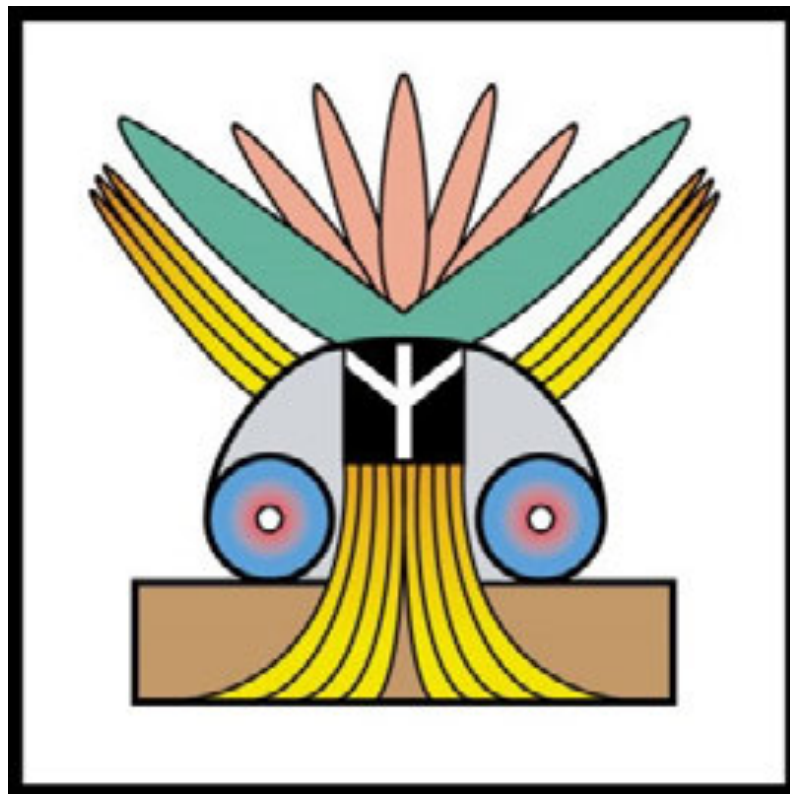
Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symboles weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symboles aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.

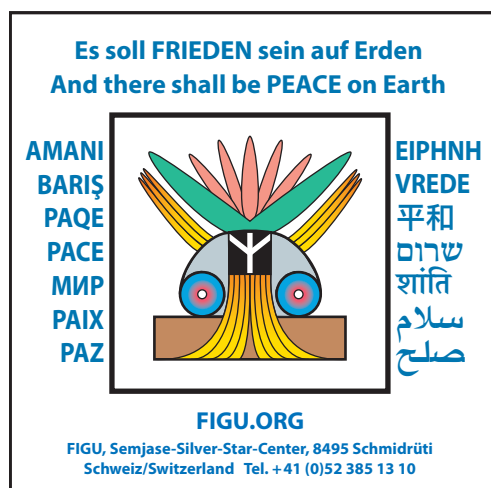
Das falsche Symbol, die Todesrunen,  schafft Unfrieden, Hass und Unheil
Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol
darauf und verbreitet es!

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol «Frieden»

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2025

Einige Rechte vorbehalten.

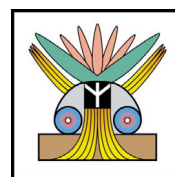
Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz